Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 70 Pfg., zeile 3,00 Mk. Bei lokalen Anzeigen 50 Pfg. Reklamebei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 7.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 269 — **Donnerstag, den 17. November 1921** — **49. Jahrgang**

Der deutsche Protest gegen die Zerstörung der deutschen Werke.

(W) Das Auswärtige Amt hat das nachstehende Schreiben an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission gerichtet. Zu gleicher Zeit ist die deutsche Botschaft beauftragt worden, der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln:

„Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die anfängliche planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralleitung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werken zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedenswirtschaftliche Arbeit umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt. Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen Reichswerke aufgehört, Heeresgutfabriken im Sinne des Artikels 168 des Vertrages zu sein.

Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe geschritten und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet wird, wurde die Anfrage an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestehen der Werke einverstanden erklären. Die Botschafterkonferenz hatte dieser Anfrage durch die Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung auf die Friedenswirtschaft geknüpft. Irgend welche Forderungen wegen des zu wählenden Fabrikationsprogramms hat sie nicht erhoben. Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwand ist die Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit unverzüglich durchgeführt worden. Daß dabei für die Wahl des Fabrikationsprogramms die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien, sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiterschaft mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Botschafterkonferenz sich ja gerade mit Rücksicht auf die weitere Beschäftigung dieser Arbeiterschaft mit der Erhaltung dieser Betriebe einverstanden erklärt hatte. Das nach diesen Gesichtspunkten gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden. Die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen Aufsicht vor sich gegangen. Sie ist auch bisher offen der Ansicht gewesen, daß der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war; denn sie hat bis in die neueste Zeit hinein in keinem Falle Widerspruch erhoben.

Nach jahrelanger mühevoller Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke A.-G., die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde Wirtschaftsbasis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine bleibende sichere Existenz gewährleistet. Da setzten plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommission ein, die im völligen Widerspruch mit ihrer bisherigen Haltung und mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz vom 10. Februar 1920 den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke auf das äußerste gefährdete. Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in der Anlage I dieses Schreibens dargelegt. Es ergibt sich aus den dort gemachten Ausführungen, daß die Erfüllung der Forderung der Kommission in ihrer Gesamtheit die Schließung ganzer Betriebe zur Folge hat, und damit nicht nur alle bisher geleistete Arbeit zunichte macht, sondern auch Tausende von Arbeitern um ihre Existenz bringen würde. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswechsel der Kommission ergeben könnte. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung der Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterialien, auch Vernichtung von Loren und sonstigem Gerät, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für allemal den Charakter von Heeresgutfabriken zu nehmen. Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden.

Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen wurde, ist in der Anlage II im einzelnen dargetan. Jede Gefahr einer Umstellung auf die Fabrikation von Kriegsgerät ist damit beseitigt. Dafür, daß diese Beseitigung eine dauernde ist, bürgt nicht nur die rücksichtslos ausgeübte Kontrolle der Kommissionen, auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft der Werke stehen selbst dafür ein. Die deutsche Regierung verkennt nicht, daß es die Aufgabe der Kontrollkommission ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 10. Februar 1920 auf das schärfste zu überwachen. Sie hat sich in dieser Erkenntnis und um auch nur den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, so manchen Maßnahmen gefügt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte.

Im vorliegenden Falle aber muß sie Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommission nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen, und die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen.

In Zusammenfassung der in Anlage I und II enthaltenen Darlegungen bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Ablehnung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß

1. in Erfurt und Spandau-Haselhorst die Fabrikation von Schußwaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und in dem bisherigen Umfange weiterhin gestattet wird (Aufhebung der Note vom 28. September 1921),
2. im Werke Wolfgang die Fertigstellung von Collodium und Nitrocellulose zur Herstellung von Filmrollen und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation (Schmirgelpapier, Waggon- und Lokomotivreparaturen) unter Belassung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen weiter zugelassen werde (Aufhebung der Note vom 30. September 1921, sowie Nachprüfung und Einschränkung der Zerstörungsforderungen der Distriktskommission Frankfurt-Main bezüglich der Anlagen im Werk Wolfgang),
3. im Hauptwerk Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerkes genehmigt wird (Note vom 9. September 1921),
4. a): die von der Distriktskommission Berlin bezüglich der Werke Spandau-Haselhorst und von der Distriktskommission Frankfurt-Main bezüglich des Werkes getroffenen Anordnungen auf Zerstörung und Zertrennung dringend benötigter und zum Teil für das Friedensprogramm neu beschaffter Maschinen nachgeprüft und beschränkt werden,
   b): Die Neubeschaffung nötiger Maschinen nicht unterbunden und ausreichender Transport von Werk zu Werk nicht gestört wird,
   c): für die trotz vorhandener Nachprüfung und Beschränkung zertrennungspflichtig bleibenden Maschinen eine Verkaufsfrist zugestanden wird, die den Bedingungen geordneter und rentabler Geschäftsführung Rechnung trägt,
5. die durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 21. September 1921 geforderte Beschränkung der Verfügungsberechtigung der Deutschen Werke A.-G. über die Rohmaterialien aufgehoben wird."

Anlage I der Note enthält eine eingehende Zusammenstellung der von den Kontrollkommissionen gegen die verschiedenen Betriebe der Deutschen Werke A.-G. gerichteten Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden.

Anlage II schildert die Zerstörungen und sonstigen Maßnahmen, die auf Anordnung der Kontrollkommissionen und in den einzelnen Betrieben durchgeführt worden sind, um den Werken den Charakter von Heeresgutfabriken zu nehmen und sie auf reine Friedensarbeit umzustellen.

Die Kreditaktion der Industrie

ist, soweit verlautet, keineswegs als gescheitert zu betrachten. Die Verhandlungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft, in der die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern zusammentreffen, werden am Donnerstag stattfinden und vielleicht zu einer Klärung der ganzen Angelegenheit führen. Auch in der Behandlung der Frage der Entstaatlichung der Eisenbahnen ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen. Es dürften diese Verhandlungen unter Umständen zu Kompromissen führen. So hebt man hervor, daß bei der Entstaatlichung der Bahn nicht allein die Industrie, sondern auch alle wirtschaftlichen Kreise, die bei der Uebernahme in die Privatwirtschaft mitzuwirken hat, hinzugezogen werden sollen.

Forderungen der Gewerkschaften.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afabundes haben beschlossen, von der Reichsregierung und dem Reichstage zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Beschlußfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen zu verlangen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 v. H. ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, gleichmäßig zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhaltung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlicher zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendigste.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung des Valutagewinnes.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 v. H. hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der Veranlagungsentscheidung der Finanzämter den Rest mit 5 v. H. Zinsen abzuführen. Ist die sofortige Veranlagung unter diesem Betrag zurückgeblieben, so ist für diese Summe eine Verzinsung von 30 v. H. zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Der Lohn Schiedsspruch für die Metallindustrie des Dortmunder Bezirks.

Durch die außerordentlichen Bemühungen der drei großen Metallarbeiterorganisationen die am 14. November den ganzen Tag mit dem Arbeitgeberverband in Dortmund verhandelten, kam mit dem Arbeitgeberverband eine Einigung zustande, daß man unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers unter Hinzuziehung zweier unparteiischer Sachverständiger und je dreier Beisitzer von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite diesem so gebildeten Oberschiedsgericht die Lohnregelung der Novemberlöhne unterbreite. Weil der in Dortmund vom Reichskommissariat gefällte Schiedsspruch von allen Organisationen abgelehnt war und sich durch die weitere Teuerung die Verhältnisse für die Arbeiterschaft noch mehr verschlechtert hatten, waren von den drei Metallarbeiterorganisationen gleich mit der Ablehnung des Schiedsspruches auch neue Forderungen erhoben worden. Am 15. November fanden in Berlin hierüber Verhandlungen statt, die folgendes Ergebnis hatten:

Alle Arbeiter erhalten neben den bisherigen Zeitzulagen eine weitere Teuerungszulage. Diese beträgt im Alter von 21 und 22 Jahren und darüber 2,50 Mk. pro Stunde für November und 3,50 Mk. für Dezember; im Alter von 19 und 20 Jahren 2,25 Mk. pro Stunde für November und 3,25 Mark pro Stunde für Dezember; im Alter von 17 und 18 Jahren 2 Mk. pro Stunde für November und 3 Mk. pro Stunde für Dezember; im Alter von 15 und 16 Jahren 1,70 Mark pro Stunde für November und 2,70 Mk. pro Stunde für Dezember; im Alter von 14 Jahren von 1,40 Mk. pro Stunde für November und 2,40 Mk. pro Stunde für Dezember.

Die soziale Zulage wird auf 3 Mark je Frau, Kind und Schicht erhöht. Arbeiterinnen erhalten 75 Prozent dieser Zulagen. — Der Heizer- und Maschinistenverband nahm an diesen Verhandlungen nicht teil, sondern nur die drei Metallarbeiterorganisationen mit einem Teil ihrer Lohnkommissionen und die Vertretungen der Bauarbeiter-, Holzarbeiter- und Maler- und Anstreicherorganisationen. Für die Bauberufe wurde noch festgelegt die besondere Aufführung im Tarifvertrag, die bis zum 15. Dezember 1921 erfolgen muß.

Zum Ausstand in der Düsseldorfer Metallindustrie wird mitgeteilt, daß auf Einladung des Regierungspräsidenten sich die Vertreter des Tarifausschusses der Arbeitgebervereinigung und Vertreter der Arbeiterverbände auf der Regierung zu einer Besprechung eingefunden hatten. Diese Besprechung verlief ohne greifbares Ergebnis. Die Arbeitgeber stellten sich auf den Standpunkt, daß sie erst dann in neue Tarifverhandlungen für den Monat Dezember eintreten wollen, wenn die Arbeit wieder aufgenommen ist. Der Regierungspräsident machte in dieser Besprechung darauf aufmerksam, daß jetzt täglich die Preise für wichtige Lebensmittel sprunghaft in die Höhe gingen, und daß deshalb heute die Dinge etwas anders lägen als am Tage der Fällung des Schiedsspruchs. Zur Stunde ist aber für weitere Einigungsverhandlungen eine Grundlage noch nicht gegeben, da beide Parteien an ihren letzten Entschlüssen festhalten. Die Düsseldorfer Abteilung des Phönix macht bekannt, daß ihre gesamten Arbeiter in den Ausstand getreten seien und daß damit ihr Arbeitsverhältnis erloschen sei. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, bei der der größte Teil der Belegschaft ausständisch ist, forderte die Feiernden zur Wiederaufnahme der Arbeit mit der Androhung der Entlassung auf. In der Lohnbewegung der Düsseldorfer Straßenbahner hat der Schlichtungsausschuß den Spruch gefällt, daß auf die bisherigen Löhne ein Zuschlag von drei Mark für die Stunde mit Rückwirkung vom 1. November gezahlt wird. Die beiden Parteien haben sich ihre Zustimmung vorbehalten. Bei Krupp ist eine Einigung mit der Belegschaft über Lohnerhöhungen zustande gekommen. Die Forderung auf eine außerordentliche einmalige Zulage war jedoch ohne Erfolg.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz.

In einer zweiten Vollsitzung der Abrüstungskonferenz sprach als erster Redner Balfour. Er nannte in seiner Antwort auf die amerikanischen Wünsche die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes ein großes geschichtliches Ereignis für den Wiederaufbau der Welt und wies darauf hin, daß, während die Verbindungslinien der Vereinigten Staaten fest und unzerstörbar seien, kein Bürger des britischen Reiches vergessen könne, daß sein Leben von den Seeverbindungen des britischen Reiches abhängt und daß er ohne diese Verbindungen nicht leben kann. Weiter gab Balfour der Ansicht Ausdruck, daß der Vorschlag betr. das Verhältnis der Schlachtschiffe der einzelnen Länder zueinander annehmbar und die Höhe der Einschränkungen angemessen sei. Er schlug vor, daß die Unterseebootton nage vermindert und der Bau von großen Unterseebooten untersagt werde. Balfour schlug vor, daß die Frage der Ersatzbauten und die Frage der Kreuzer, die nicht für Flottenaktionen erforderlich sind, technischen Sachverständigen zur Erwägung überlassen werden sollen, da diese Fragen nicht die hauptsächlichsten Richtlinien der amerikanischen Vorschläge berühren. Zum Schluß seiner Rede verlas Balfour ein Zustimmungs-Telegramm Lloyd Georges. Der italienische Vertreter, Schanzer, erklärte das Einverständnis seiner Regierung mit den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen. Briand erklärte das gleiche für Frankreich. Der Führer der chinesischen Delegation sprach sich dahin aus, daß China in den Stand gesetzt werde, sich durch seine eigenen natürlichen Hilfsquellen zu retten. Die Integrität des chinesischen Reiches müsse garantiert werden.

(TU) Wie aus Washington berichtet wird, sollen die britische und die japanische Delegation Hughes Plan als Grundlage für eine Besprechung in einer geheimen Sitzung angenommen haben. Die Entscheidung wurde erreicht, nachdem vorher eine private Besprechung stattgefunden hatte. In britischen und japanischen Kreisen macht man kein Hehl daraus, daß die Abrüstungsfrage von geringerer Bedeutung sei als das Problem des Stillen Ozeans.

Die Konferenz soll davon unterrichtet worden sein, daß die Vereinigten Staaten für den Fall der Ablehnung des Vorschlages von Hughes entschlossen seien, zu den 16 Großkampfschiffen, deren Pläne bereits vorliegen, unverzüglich weitere 14 hinzuzubauen. Der Bau dieser Schiffe würde stark beschleunigt werden.

Schwere Ausschreitungen in Neukölln.

Zu schweren Ausschreitungen, die offenbar planmäßig verabredet sind, ist es in Neukölln gekommen, wo von Arbeitslosen, Männern und Frauen eine Anzahl Lebensmittelgeschäfte ausgeraubt worden sind. Die ersten Ausschreitungen begannen kurz vor 11 Uhr in der Steinmetzstraße, wo ein Trupp von etwa 150 Männern und Frauen geschlossen anmarschierte und in ein Lebensmittelgeschäft eindrang. Die Menge packte Butter, Margarine, Käse usw. in Körbe und Taschen, zum Teil wurden ganze Kisten mit Lebensmittel geraubt. Wenig später drang ein Trupp von etwa 300 Personen in die Verkaufsräume der Neuköllner Großhandelsgesellschaft ein und plünderte den Laden vollständig aus. Ebenso erging es einer Butterhandlung in der Bergstraße, wo man anfangs dem Treiben der Menge Widerstand entgegenzusetzen suchte. Die Menge zertrümmerte jedoch die großen Fensterscheiben und drang unter Drohungen in das Lokal ein, so daß das Personal flüchten mußte. Als Schutzpolizei erschien, zerstreute sich die plündernde Menge, die inzwischen den Laden vollständig ausgeraubt hatte. Gegen ½12 Uhr wurden mehrere Lebensmittelgeschäfte in der Nogatstraße ausgeraubt, ohne daß die Polizei gegen das Treiben der in zahlreichen Stellen plötzlich auftauchenden Trupps hätte einschreiten können. Infolge der bedenklichen Vorgänge haben zahlreiche Lebensmittelgeschäfte geschlossen. Die Schutzpolizei hat stärkere Abteilungen nach Neukölln entsandt.

Westfalen und Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 15. Nov. Der gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Herrn Vorstehers Hußmann wohnten vom Magistrat die Herren Bürgermeister Dr. Wiesner, Stadträte Weidekamp und Lepke bei. Anwesend waren 25 Mitglieder des Kollegiums.

Der erste Punkt betraf die

Besoldungsordnung für die städtischen Beamten.

Herr Direktor Hußmann weist darauf hin, daß die Ordnung unzählige Sitzungen des Finanzausschusses beschäftigte und daß es zu weit führen würde, nochmals alles zu besprechen. Außerdem sei die neue Ordnung auch allen Fraktions-Vorsitzenden zugesandt worden. Redner bittet, den Beschlüssen der Finanz-Kommission und des Magistrats beizutreten. Herr Strelinski gibt das Einverständnis seiner Fraktion wieder, ohne Debatte der Vorlage bis zur Gruppe 10 zuzustimmen. Alle weiteren Stufen höher sollten nachträglich im Personalausschuß verhandelt werden, um eine Aenderung der Gehälter und der Eingruppierung herbeizuführen. Herr Vonhoff betont die Unmöglichkeit, Sätze, die vom Reich und Staat festgesetzt wurden, zu ändern. Wohl könne man eine andere Gruppierung vornehmen. Herr Fricke ist dafür, die Sätze den Staats- und Kommunalbeamten gleichzustellen. Herr Scharfenberg nimmt sich der angestellten Anwärter an. Die „Komba" habe alle berücksichtigt, nur diese Kategorie nicht. Eine Aufbesserung der Anwärter sei nötig. Herr Vorsteher Hußmann macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich ergeben, wenn man von den Sätzen der „Komba" abgehe. Alle anderen Gruppen hätten dann Wünsche und die Sache wachse ins Uferlose aus. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner vermag den Grund nicht einzusehen, weshalb man die oberen Klassen 11—13 außer Beschlußfassung stellen will. Bei den höheren Beamten handle es sich nur um die Uebernahme der bisherigen Gehaltssätze. Wenn nur ein Teil der Ordnung beschlossen wird, müsse die Sache nochmals an den Magistrat und es sei sehr fraglich, ob dieser sich entschließen wird. Weitere Verhandlungen mit der „Komba" und den Organisationen seien nötig und die Folge eine Hinausschiebung der Auszahlung. Das sei im Interesse aller Beamten und Angestellten zu bedauern. In nächster Zeit sei eine Aenderung der Bezüge der Verwaltungs- und Beamten-Anwärter erforderlich. Er bittet, dem Magistratsbeschluß beizutreten. Herr Strelinski wünscht, daß die Klassen 3, 4 und 5 höher, dagegen 11, 12 und 13 niedriger besoldet werden, das sei menschlich gehandelt. Redner sieht nicht ein, daß ein Beamter 60—70 000 Mark bekommt, ein anderer, auch verheirateter Beamter nur 16 000 Mark erhält. Diese himmelschreienden Unterschiede in den Bezügen müßten vermieden werden. Seine Fraktion sei für Annahme der Besoldungsordnung bis Gruppe 10, über die höheren Gruppen solle im Personalausschuß verhandelt werden. Der Herr Bürgermeister macht darauf aufmerksam, daß das Endgehalt in Gruppe 13 nur 49 660 Mk. betrage, davon sei noch der Steuerabzug abzuziehen. Herr Jacobi weist demgegenüber darauf hin, daß nach der neueren staatlichen Festsetzung die Bezüge in Gruppe 13 80 000 Mark als Endgehalt betragen, dazu Ortszuschlag und Teuerungszulage, sodaß über 100 000 Mark an Bezügen in Frage kämen. Solche Gehälter seien für unsere Verhältnisse zu hoch. Er tritt dem Strelinskischen Vorschlage bei, bis Gruppe 10 anzunehmen und über die anderen Gruppen noch zu verhandeln. Dem Herrn Bürgermeister ist es nicht klar, wie man den früheren Beschluß ändern will. In Gruppe 13 sei ein Beamter, und diesen haben Stadtverordnete und Magistrat in diese Gruppe gesetzt, wozu der Regierungspräsident die Genehmigung gab. Herr Eggert glaubt es gegenüber den Steuerzahlern nicht verantworten zu können, wenn einzelne Beamte solch hohe Gehälter beziehen. Deshalb müßten die oberen Gruppen zurückgeschoben werden. Für Herrn Rektor Rüberg ist die Besoldung nach staatlichen Grundsätzen nicht sozial, denn die Gruppe 1 erhalte nur eine 10prozentige Lohnerhöhung, dagegen die Gruppe 13 mit den hohen Grundgehältern eine 104prozentige Erhöhung. Man könne Beamte nicht zurückgruppieren, und der Herr Bürgermeister bezeichnet die Eingruppierung in eine hohe Klasse als ein wohlerworbenes Recht. Herr Jacobi wünscht, daß die neue Besoldungsordnung bald in Kraft tritt, und Herr Eggert empfiehlt evtl. die Zahlung eines Vorschusses an die Beamten. Herr Ahlert will nur seine Zustimmung zu der Vorlage geben, wenn bei der nächsten Einstufung nur nach staatlichen Grundsätzen gehandelt wird. Verschiedene städtische Beamte ständen zu hoch. Jedem das Seine. Im übrigen sei die zur Beratung stehende Vorlage durch eine neue Regierungsvorlage längst überholt. Der Antrag Strelinski, die Vorlage bis Gruppe 10 anzunehmen, über die höheren Gruppen erneut zu beschließen, wird mit 18 Stimmen gegen 7 Stimmen angenommen. Angenommen wird ein weiterer Antrag Strelinski auf Festsetzung eines Existenzminimums

für Angestellte unter 20 Jahren	10 500 Mk.
für Angestellte über 20 Jahre	11 500 Mk.
für unverheiratete Beamte	15 000 Mk.
für verheiratete Beamte	17 000 Mk.

Wie der Antragsteller sagt, soll diese Festsetzung auf ein halbes Jahr rückwirkend gedacht sein.

Die Ortsgruppe der Kommunalbeamten beantragt die Hinzuziehung von Beamten-Vertretern zu Sitzungen bei Personalsachen. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrage von Fall zu Fall stattzugeben und die Stadtverordneten schließen sich dem an. Der Herr Bürgermeister kommt nochmals auf die Besoldungsordnung zurück. Der Beschluß sei nicht leicht zu verdauen. Es empfiehlt sich, Gruppe 11—13 vollständig aus der Besoldungsordnung zu streichen, um die Ordnung im ganzen nicht zu gefährden. Der Herr Vorsteher hält dies auch für die Absicht der Stadtverordneten, denn die Gruppen 11 bis 13 sollen besonderen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Die Ablösung eines Kanons der Armenkasse wird beschlossen. Die Armenkasse hatte jährlich 9 Mark zu zahlen, die Ablösung kostet 180 Mark.

Kenntnis gegeben wurde von einer Revision der Stadtkasse, der Lebensmittelkassen und die Gaswerkskassen durch die Herren Jacobi und Reinhold, Erinnerungen wurden in allen Fällen nicht gezogen.

Eine Magistratsvorlage empfiehlt den

Ausbau des elektrischen Leitungsnetzes in der Dortmunderstraße,

und zwar will der Holzhändler Nierhoff einen 30-PS.-Motor und der Bäcker Voß einen 5-PS.-Motor aufstellen. Die Rentabilität ist gegeben, beide zahlen Zuschüsse. Die Kostengelder werden im Wege der Anleihe aufgenommen. Der Vorlage wird ohne Debatte zugestimmt.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. hat an der Klosterstraße einen Geländestreifen, der als Spielplatz von der Schule mitbenutzt wird. Die Anerkennungsgebühr betrug früher 50 Pf. jährlich. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. beantragt Erhöhung auf 5 Mark und folgt damit, wie der Herr Vorsteher sagt, dem Beispiel der Stadt. Dagegen fand sich nichts zu erinnern.

Die Stadt hat das Gelände der Eisenbahn-Verwaltung an der Strecke Kamen—Unna zur Anlage einer Wasserleitung benutzt. Die Genehmigung ist s. Zt. erteilt worden, vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs. Die Bahn verlangt jetzt eine Anerkennungsgebühr von jährlich 50 Mark und stellt es anheim, die Leitung eventl. abzubrechen, wodurch der östlich der Bahn gelegene Teil natürlich von der Wasserversorgung ausgeschlossen würde. Die Erhöhung der Anerkennungsgebühr wird genehmigt.

Herr Bürger beantragt eine Erhöhung der Entschädigung für die Turnhallen-Reinigung. Im letzten Jahre hat er 2372 Mark für Kohlen und 300 Mark für Brennholz ausgegeben, dagegen aber nur 2400 Mk. als Entschädigung erhalten, so daß er nicht allein nichts für seine Arbeitsleistung erhielt, im Gegenteil noch Zuschüsse leisten mußte. Der Magistrat hat daher beschlossen, dem Bürger für die Wintermonate 150 Mark, für die 6 Sommermonate 100 Mark für die Reinigung zu vergüten. Die Rechnungen für Heizung (Kohlen, Holz etc.) begleicht die Stadt. Der Magistratsvorlage wird zugestimmt.

Der Verwaltungsbeamtenschule in Hamm beizutreten, war bereits am 23. April grundsätzlich beschlossen. Jetzt wurde der vorliegende Vertrag anerkannt und die diesbezügl. Magistratsvorlage angenommen. Ueber einen Vorschlag, den s. Zt. beschlossenen Zuschuß an Beamte für Selbststudium aufzuheben, wurde, nachdem der Bürgermeister für die Beibehaltung eingetreten war, nicht weiter debattiert. Es bleibt also bei dem Zuschuß.

Der Reichsrat hat am 9. Juni

neue Bestimmungen über die Lustbarkeitssteuer

erlassen; das machte die Aenderung unserer jetzigen Steuerordnung nötig. Abweichungen bestehen bei der neuen darin, daß die Ausgabe von Eintrittskarten vorgeschrieben werden kann. Die neuen Steuersätze sind 10—50 % (früher 20—50 %), künstlerische Veranstaltungen usw. sollen niedriger besteuert werden. Die Pauschalsätze sollen wie bisher gehandhabt, aber verdoppelt werden. Herr Eggert tritt für die Knappen-Vereine, Jugendvereine und Kongregationen ein, denen es unmöglich sei, noch Feste zu begehen. So habe ein Fest eines Knappen-Vereins, dessen Ertrag mildtätigen Zwecken dienen sollte, 700 Mark Zuschuß gefordert. Der Vorsteher macht darauf aufmerksam, daß es in solchen Fällen doch ratsam sei, Befreiung von der Steuer zu beantragen. Herr Ebbinghaus tritt für die Veranstaltungen der Männergesangvereine ein und weist auf den Erlaß des Kultusministers hin, der eine Förderung dieser Vereine anstrebt (siehe gestrige Kamener Zeitung, letzter Absatz des Berichts über das Konzert der Sänger-Vereinigung). Die Männer-Gesang-Vereine könnten nicht einmal die Vergünstigung des Pauschalsatzes erhalten, sie seien nicht mehr in der Lage, Konzerte zu geben, und das sei mit Rücksicht auf die Kultur und die edle Sache bedauerlich. So habe der M.-G.-V. „Einigkeit" einen großen Zuschuß zu den Kosten seines letzten Konzerts aufbringen müssen. Ungerecht sei es, für Tanzvergnügen 100 Mark Pauschale zu nehmen, dagegen würden für reine Konzerte 300—400 Mark an Steuern gefordert. Redner bittet, dem Erlaß des Ministers entsprechend zu handeln. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner betont die Schwierigkeit, eine gerechte Lustbarkeitssteuerordnung zu beschließen. Erfahrungen müßten erst gesammelt werden, um Aenderungen vornehmen zu können. Der Magistrat wünscht, auf Mängel aufmerksam gemacht zu werden, er würde sich dann nicht ablehnend verhalten. Die bisherige Ordnung sei zu eng gefaßt gewesen, man konnte daher nicht anders handeln. Wenn ein Verein nachweist, daß er Verluste gehabt habe, läge eine besondere Härte vor und in solchen Fällen würde eine Aenderung der Besteuerung eintreten. Nach der neuen Ordnung würden Jugendpflege-Veranstaltungen, reine Konzerte (ohne Ball) demnächst niedriger besteuert werden. Herr Jürgens tritt für die Knappen-Vereine ein. Herr Eggert meint, daß man mit Veranstaltungen ohne Ball keine Leute in den Saal locken könne. Herr Strelinski ist für die Annahme der neuen Steuer-Ordnung. Seine Fraktion würde demnächst Abänderungsanträge stellen. Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

Die Beschaffung von hundert neuen Wassermessern, teils für die Siedlungsbauten, ist nötig geworden. Die Kosten betragen 23 000 Mark. Dieselben sollen bei Siemens & Halske, die das günstigste Angebot machten, bestellt werden.

In der letzten Sitzung wurde eine Beihilfe für Oppau abgelehnt, dafür sollte den Armen der Stadt für den Winterbedarf geholfen werden. Der Magistrat hat nun beschlossen,

100 000 Mark für Minderbemittelte

bereitzustellen, die dem Volksbildungsfonds entnommen werden sollen. Die Verteilung geschieht durch den durch die Finanzkommission verstärkten Wohlfahrtsausschuß. Frau Gestinski bittet, der Vorlage zuzustimmen, die Not der Armen sei groß, die Invaliden und Witwen könnten mit ihren Bezügen nicht auskommen. Herr Strelinski gibt seiner Freude Ausdruck, daß so schnelle Arbeit verrichtet wurde mit dieser Vorlage. Die übergroße Peinlichkeit bei der Ausfragung der Armen müsse fortfallen. Eine ganze Anzahl Armer scheue sich, auf das Wohlfahrtsamt zu gehen, um dort das Schuldenregister herzusagen. Auch der Apparat für die Verteilung sei zu groß. Herr Ahlert hält eine genaue Prüfung der Unterstützungsanträge für erforderlich. Die Witwen seien ärgerlich, daß so viele Beamte bei der Auskunftserteilung zugegen seien und alles anhören könnten. Es müsse möglich sein, einem Beamten die Sache allein sagen zu können. Herr Bürgermeister bemerkt dazu, daß er für sein Ressort angeordnet habe, daß nach Möglichkeit die Verhandlungen in einem Zimmer geführt würde nur in Gegenwart des aufzunehmenden Beamten. Ausgefragt müsse werden. Er könne nur sagen, daß nicht alles stimme, was den Stadtverordneten zugetragen würde. So sei in der letzten Sitzung von Herrn Eggert ein besonders bedürftiger Fall gemeldet worden. Zuerst müsse er fragen, warum die betr. Frau keinen Unterstützungsantrag stelle. In diesem Falle bezöge die Frau 17,50 Mark Rente und 20 Mark Zechen-Unterstützung. Weiter habe sie eigenes Gartenland und 4—5 Tage in der Woche Verdienst bei anderen Leuten. Das Verdienst und die Größe des Gartens wolle sie aber nicht angeben. Weiter sei der 13jährige Sohn 4 Wochen nach Sassendorf geschickt worden und die Frau habe stets bei besonderen Zuteilungen Berücksichtigung erfahren. Der eine Sohn sei verheiratet und kinderlos und habe einen Monatsverdienst von 2500 Mark. Vom Verhungern könne hier doch nicht die Rede sein und die Frau dürfe doch nicht als Ortsarme behandelt werden. In einem anderen Falle handele es sich um einen Invaliden, der besonders unterstützungsbedürftig sein sollte. Die Angaben seien total unrichtig gewesen, denn der Invalide, das wurde durch die Stadtverwaltung festgestellt, bezog einen Verdienst von monatlich 2500 Mark, mit seinen 3 Söhnen zusammen 6630 Mark. Und diese Familie wagte es, den Antrag auf Unterstützung der Mutter zu stellen. Da sei doch eine Prüfung aller Fälle nötig und Vorsicht müsse geübt werden. Die Feststellung solle natürlich in taktvoller Weise und mit einem warmen Herzen geschehen. Herr Eggert kennt die Familie im ersteren Falle schon 20 Jahre. Die Unterstützung seitens der Zeche erhalte die Frau erst seit 3 Monaten und davon gebe sie noch einen Teil an ihren alten Vater ab. Der Sohn sei von Anfang an im Kriege gewesen und habe Last, nach seiner Heirat die Möbilien zu bezahlen. Dabei sei er selbst krank. Der Fall läge doch anders und sei nicht so glänzend, wie ihn der Bürgermeister geschildert habe. Herr Scharfenberg weist darauf hin, daß im Wohlfahrts-Ausschuß alle Fälle wohlwollend geprüft würden. Leider glaubten viele Antragsteller, die Stadt müsse zahlen, ohne danach zu fragen, ob sie auch wirklich bedürftig sind. Der Magistratsvorlage auf Bereitstellung von 100 000 Mark für Minderbemittelte wird darauf zugestimmt.

Einstimmig abgelehnt wird ein Antrag auf Beitrag zum deutschen Städtetag.

Herr Gessinger vertritt den erkrankten Vollziehungsbeamten Brinkmann und erhielt dafür ein Tagegeld von 25 Mark. G. beantragt nun eine Erhöhung auf 30 Mark, außerdem Bewilligung der Fahrradvergütung von 12,50 Mark monatlich und für Zählgeld den gleichen Betrag. Dem wird zugestimmt.

Beschlossen wurde, an der Josephschule einen hauptamtlichen Schulhausmeister auf Privatdienstvertrag anzustellen, nachdem Herr Rektor Rüberg erklärt hatte, daß nach seiner Ansicht eine Frau nebenamtlich die verschärften Regierungsbestimmungen inbezug auf gründliche Reinigung nicht mehr erfüllen könne. An den anderen Systemen habe man mit den hauptamtlichen Hausmeistern gute Erfahrungen gemacht. Die Anregung sei aus der Mitte der Schuldeputation gekommen.

Die Besoldung der auftragsweise beschäftigten Lehrpersonen in Krankheitsfällen soll nach staatlichen Grundsätzen erfolgen. Die Dienststunden werden auf Krankheit versichert und erhalten gegebenenfalls 6 Wochen Gehalt unter Abzug des Krankengeldes. Dieser Magistratsvorlage wurde zugestimmt.

Der Schularzt, Herr Geheimrat Lenzmann, erhält je Kind und Jahr 1,20 Mark. Durch die Einführung der neuen Gesundheitsbogen und durch die Verpflichtung zur Vornahme von Harn-Untersuchungen ist dem Schularzt bedeutende Mehrarbeit entstanden, so daß er jetzt 2 Mark je Kind fordert. Der Magistrat hat dem zugestimmt. Auf eine Bemerkung des Herrn Strelinski betonen die Herren Fricke und Rüberg, daß die Untersuchung seitens des Schularztes sehr genau und ernst genommen werde. Der Erhöhung wird darauf zugestimmt.

Weiter findet Genehmigung ein Antrag von Frl. Kuhne auf Erhöhung der Vergütung für den Hilfsunterricht an der Töchterschule und zwar die Jahresstunde von 150 Mark auf 400 Mark.

Kenntnis wurde noch gegeben von der Anstellung des Sparkassenbeamten Kroninger als Leiter der Scheckabteilung bei der hiesigen Sparkasse.

Das Sportplatz-Gelände im Marsch, das die Stadt jetzt erwarb, ist bis 1924 an Herrn Leiffermann vermietet, der dieses abgeben will, wenn die Stadt in Fürr 18 ihm Ersatz bietet und auf 10 Jahre verpachtet. Der Pachtpreis soll 750 Mark pro Jahr betragen. Weitere 3 Morgen soll er von der Stadt erhalten können, wenn derselben Weideland zur Verfügung steht. Die Stadt soll das Gelände nur vierteljährlich kündigen können, wenn sie es zu anderen Zwecken als zur Weide benutzt. Die Magistratsvorlage wird nach kurzer Debatte angenommen, nachdem der Herr Bürgermeister betont hatte, daß man damit endlich zur Benutzung des Sportplatzes kommen könne.

Die Stadt wird mit Drehstrom versorgt, für den Physik-Unterricht im Gymnasium wird aber Gleichstrom benötigt. Das macht die Anschaffung eines Umformers nötig. Ein günstiges Angebot machte die Dortmunder Firma „Elektra", die für einen gebrauchten Umformer 7000 Mark forderte. Auf das Angebot soll eingegangen werden.

Herr Strelinski macht zum Schluß auf das Gerede aufmerksam, das dahingeht, daß den Privatschlächtern der Zutritt zu dem Schlachtraum im Schlachthause nicht mehr gestattet würde. Herr Direktor Meyer habe in einer Sitzung der Schlachthof-Kommission erklärt, daß bisher noch kein Privatschlächter aus dem Schlachthause gewiesen sei. Die Redereien beruhten demnach auf Unwahrheit, erforderlich sei es natürlich, daß die Privatmetzger ein Unbescholtenheitszeugnis und den Befähigungsnachweis erbrächten. Um die Gerüchte aus der Welt zu schaffen, sei es nötig, der Oeffentlichkeit diese Tatsachen zu unterbreiten. Damit fand die Sitzung nach 3stündiger Dauer ihr Ende.

* *

Kamen, 17. Nov. **(Verschiedenes.)** Am 1. Dezember ds. Js. findet auf Anordnung des Reichsernährungsministers eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh, Kaninchen und Bienenvölker erstreckt.

(Rückgang des Dollars.) Nachdem der Dollar am Sonnabend mit 333 geschlossen hatte, setzte er Montag morgen mit 278 ein, um im Laufe des Vormittags auf 273 herunterzugehen. Man nimmt an, daß er unter dem Eindruck der Washingtoner Verhandlungen noch weiter fällt.

(Städtische Lesehalle.) Die seit Oktober eröffnete mit der Volksbücherei verbundene öffentliche Lesehalle wurde im vorigen Monat von 182 Personen besucht. Das macht auf den Tag rund 6 Personen. Soll der Zweck dieser Einrichtung erreicht werden, so muß die Benutzung ganz bedeutend gesteigert werden. Es sei dieserhalb auf diese städtische Einrichtung dringend hingewiesen und der Besuch derselben wärmstens empfohlen. Geöffnet ist die Lesehalle täglich von 5—9 Uhr abends, die Volksbibliothek zum Entleihen von Büchern wochentäglich von 6—8 Uhr.

(Lichtbilder-Vortrag im Zentrumsverein.) Einen guten Anfang nahm vor ungefähr 14 Tagen der vom Zentrumsverein veranstaltete Volkshochschulkursus. Während der erste Vortrag über Staaten und Staatenbildung handelte, wird uns der zweite Vortrag am morgigen Abend über den Aufbau des jetzigen Deutschen Reiches belehren. Was diesen Abend aber besonders interessant gestalten wird, ist der Umstand, daß der Vortrag durch eine Reihe Lichtbilder begleitet sein wird. Auch späterhin werden noch Lichtbildervorträge folgen. So hat der Vorstand keine Mühe und

Weihnachts-Anzeigen

finden in der

Kamener Zeitung

der gelesensten Zeitung in Stadt Kamen und Umgegend

wirksamste Verbreitung.

Arbeit gescheut, um jung und alt etwas Gutes zu bieten, und so hoffen wir, daß der Besuch noch von Abend zu Abend wächst. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß besondere Einladungen nicht ergehen. (Siehe Inserat.)

(Die Städtevereinigung gegen die freien Gewerkschaften.) Man schreibt uns: Die „Vereinigung der Städte und Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebiets" hat ihre Verhandlungen über die neue Besoldungsordnung lediglich mit dem Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens, Bezirksgruppe rheinisch-westfälisches Industriegebiet (Komba) geführt und trotz wiederholten Einspruches die freigewerkschaftlichen Verbände, die Beamte und Dauerangestellte der Städte und Gemeinde organisieren, von den Verhandlungen ausgeschaltet. — Wie mitgeteilt wird, hat der „Bund der technischen Angestellten und Beamten" gegen diese Verletzung der Koalitionsfreiheit durch die Städtevereinigung jetzt in einem Rundschreiben an alle Mitglieder der Städtevereinigung Protest erhoben. — Man hält dieses Vorgehen der Städtevereinigung für völlig unhaltbar und erwartet, daß diese einseitige Stellungnahme gegen die freien Gewerkschaften sofort einer Revision unterzogen wird, da sonst eine schwere Beunruhigung unter den freigewerkschaftlich organisierten Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinden zu erwarten ist, die diese Hintansetzung ihrer Gewerkschaftsrichtung auf keinen Fall dulden werden.

*

Steuerstufen und Lohnausgleich.

Ein Hauptkennzeichen moderner Steuergesetzgebung ist das „progressive" Anwachsen der Prozentsätze bei der Einkommensteuer. Wer sein Einkommen verdoppelt, hat nicht nur die doppelte Steuer zu zahlen, sondern weit mehr. Die unerhörte Geldentwertung führt jedoch bei der Anwendung des früher ganz einleuchtenden Grundsatzes zu höchst merkwürdigen und unerträglichen Folgen. Schon die Erzbergersche „Finanzreform", die bis zu einem Einkommen von 10 000 Mark eine Steuer von 10 v. H. vorsah, und dann mit 11, 12 usw. v. H. zu staffeln begann, erwies sich auch in diesen Punkte als undurchführbar, die Zehnprozentgrenze mußte im Frühjahr 1921 auf 24 000 Mark erhöht werden. Von neuem wird die gleiche Frage jetzt brennend. Dem Kurssturz der Mark folgend wird ihre Kaufkraft immer geringer. Alle Preise schnellen in die Höhe. Damit sinkt der Wert sehr viel höherer Einkommen unter die Kaufkraftgrenze, die noch im Frühjahr mit 24 000 Mark bezeichnet werden konnte, und die Besteuerung mit mehr als 10 v. H. hat für weit höhere Einkommen jede Berechtigung verloren. Das gleiche gilt von allen Fällen, in denen durch Erhöhung von Gehältern und Löhnen ein Ausgleich zu schaffen versucht wird. Alle diese Einkommen geraten dadurch in höhere Steuerstufen, werden also schärfer erfaßt als vorher. Ein Ausgleich, der den Ausfall an Kaufkraft ersetzen soll, verfehlt seinen Zweck, wenn das Reich an den hohen Sätzen festhält, die dem Buchstaben des Gesetzes entsprechen. Eine neue Herabsetzung der Zehnprozentgrenze wird sich auf die Dauer nicht umgehen lassen!

*

Methler, 17. Nov. (Fußweg eingezogen.) Nach erfolgter vorschriftsmäßiger Bekanntmachung wird, da Einsprüche nicht erhoben sind, der zwischen den Grundstücken des Wirts Heinrich Budde und Bergmanns Friedrich Deifuß in Breiten, Gemeinde Methler, führende Fußweg eingezogen.

Heeren-Werwe, 17. Nov. (Eine aufregende Jagd.) Nachts entwendete ein Mann auf der Siedlungsbaustelle in Heeren-Werwe einem Arbeitskollegen 100 Mark bar Geld und mehrere Kleidungsstücke. Als am Montag morgen sich der Verdacht auf D. lenkte, ergriff er die Flucht, wurde aber von drei Arbeitern verfolgt. Die Jagd ging über Felder, Gräben und Wiesen, bis schließlich in Lenningsen der Dieb eingeholt und dem Landjäger Feeser übergeben werden konnte. Dieser stellte den Dieb der Ortsbehörde zur Vernehmung vor; er wurde dann dem Amtsgericht in Unna zugeführt. Anscheinend handelt es sich um einen schweren Jungen, der jedenfalls noch mehr auf dem Kerbholz hat.

Westick, 17. Nov. (Diebesbeute.) In der Samstag-Nacht haben Diebe hier wieder einmal einen Beutezug gemacht. Bei dem Maurer Neumann stahlen sie Kleidungsstücke und namentlich Schuhzeug, bei dem Bergmann Theimann in der Mühlenstraße eine größere Partie Wäsche. Dabei passierte ihnen das Mißgeschick, den bei Neumann erbeuteten Ueberzieher hier wieder liegen zu lassen.

Unna, 15. Nov. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich am Sonntag nachmittag der Festzug der 12 Vereine der Kreisverbindung evangelischer Jungmännervereine anläßlich des ersten Werbetages, zu dem der Reichswart evangelischer Jungmännerbünde Deutschlands mit seinen 2500 Vereinen mit 15 600 Mitgliedern aufgerufen hatte. Auf dem Marktplatz trugen die vereinigten Posaunenchöre Choräle vor und vom Balkon eines Hauses aus ließ ein Jugendmitglied, Fr. Tüttemann aus Sölde, das packende Gedicht „Jugend heraus" begeistert erschallen. Der Kreispräses, Herr Pfarrer Köhler, forderte mit feurigen Worten in kurzer, kerniger Ansprachen die Jungmannen unseres Volkes auf, mitzuhelfen an dem Wiedererstehen unseres Volkes und in starker Einheitsfront zu kämpfen für die hohen Güter unserer Jugend, niederzuringen die Feinde: Schmutz und Schund, Zügellosigkeit und Genußsucht! Eine Werbefeier mit reichhaltigem Programm schloß sich an diese gewaltige Kundgebung. an.

Bielefeld, 15. Nov. Zur Feier des Revolutionstages war der preußische Minister des Innern Severing nach hier herübergekommen. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, aus der folgendes von Interesse ist: „Es geht uns ebenso gut wie den Siegerländern. Die allgemeine Lebenshaltung ist besser wie bei den Siegerländern. Drüben die große Arbeitslosigkeit; hier rauchen alle Schornsteine. Aber es taucht die Frage auf: Wie lange noch? Es ist nur ein totaler Ausverkauf. Die Ausländer können mit ein paar Dollars oder Franken ungeheure Reichtümer von uns bekommen. Aber die Ausländer haben keinen Nutzen von dem hohen Stande ihrer Valuta. Heute ist in Amerika wegen des hohen Standes des Dollars kolossaler Rohstoffüberfluß, bei uns fehlen Rohstoffe. Das ist der Widersinn des Friedensvertrages. Wenn ein Völkerbund vorhanden wäre, wie wir ihn erstrebten, dann könnte dieser Friedensvertrag bald geändert werden ..." „... Der Hauptfeind der Arbeiterschaft ist der Mangel an Selbstvertrauen und die Sucht, über die schlechten Zeiten zu klagen. Ich weiß wohl, welche schlechten Zeiten zu überwinden sind, um zum Aufstieg zu kommen. Die Klagen über die hohen Kartoffelpreise usw., und daß die Regierung es nicht versteht, es besser zu machen, sind leere Redensarten. Ein Blick auf unsere heutige Landkarte überzeugt davon, daß wir unsere eigentlichen Kartoffelkammern verloren haben. Wir dürfen durch unsere Klagen nicht die Politik der Reaktionären unterstützen. Die Staatsform zu verteidigen, ist heute keine große Kunst, weil die Entente es gar nicht zuließe, daß die Monarchie heute wiederhergestellt würde. Die Bergarbeiter und die Landarbeiter allein sind schon imstande, dies zu verhindern. Wir würden auch noch mehr unter die Knute der Entente kommen, wenn den Reaktionären ihr Vorhaben glückte."

Essen, 15. Nov. An der gestrigen Essener Börse ging der Kurs der Aktien des Allgemeinen Bank-Vereins, deren Hauptbetrieb sich in Düsseldorf befindet, um 100 auf 140 Prozent zurück, und zwar auf das Gerücht, daß sich die Bank in Schwierigkeiten befinde. Wie verlautet, habe die Bank im Devisengeschäft (ebenso wie kürzlich das Düsseldorfer Bankgeschäft Lukas, Heinberg und Co.) große Verluste erlitten. — Zu den Gerüchten erfährt die „Rh.-Westf. Ztg." von einer der Verwaltung nahestehenden Seite, daß die Bank infolge der starken Kursschwankungen am Devisenmarkt zwar große Verluste erlitten habe, daß diese aber durch das Eintreten von Aufsichtsratmitgliedern voll gedeckt worden seien. Von Zahlungsschwierigkeiten könne heute keine Rede mehr sein.

(TU) **Düsseldorf, 15. Nov. Der Streik der Metallarbeiter** im Düsseldorfer Revier hat gestern vormittag auf allen Betrieben begonnen. Wie verlautet, wird von einflußreicher Seite versucht, Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung aufzunehmen. Auch soll der preußische Regierungspräsident in Düsseldorf beiden Parteien seine Vermittlung angeboten haben.

Aus aller Welt.

— **Die Sicherheitszustände in der Mark** beleuchtet nachstehende im preußischen Landtag eingebrachte Anfrage der Abgeordneten Held und Hollmann, Lichterberg, von der Deutschen Volkspartei: Aus vielen Teilen der Mark Brandenburg kommen verzweifelte Klagen über Raubanfälle auf allein gelegene Güter und Gehöfte. Räuberbanden mit geschwärzten und maskierten Gesichtern bis zu sieben Mann stark, ausgerüstet mit Revolvern und Handgranaten, oft mit einem Automobil versehen, überfallen nachts die Gehöfte, schinden die Bewohner, rauben unter Todesdrohungen, was sie fortschleppen können, und demolieren schließlich noch die Einrichtungsgegenstände. Die Bevölkerung ist machtlos dagegen und in steter Unruhe und Angst. Zweifellos handelt es sich hierbei um Berliner Verbrecher. Was gedenkt das Staatsministerium dagegen zu tun? Ist es besonders bereit, in die Kreise Abteilungen der Schutzpolizei zu legen, und ferner dort zur schnellen Feststellung der Verbrecher Berliner Kriminalbeamte zu stationieren sowie für nächtliche telephonische Alarmmöglichkeiten zu sorgen?

— **Einbruch in ein Konsulat.** Als gestern morgen das spanische Generalkonsulat in Hamburg geöffnet wurde, stellte man fest, daß Einbrecher dort tätig gewesen waren. Durch den Konsulatssekretär wurde festgestellt, daß die Einbrecher außer einer schweren 13karatigen goldenen Herrenuhr zwei goldene Ketten sowie deutsches und spanisches Geld im Werte von über eine Million Mark geraubt hatten. Ein zweiter Konsulatseinbruch, den man ebenfalls gestern morgen feststellte, ist am Sonnabend zwischen 10 und 11 Uhr abends beim polnischen Konsulat verübt worden. Der Einbruch mißglückte aber und die Täter mußten unverrichteter Sache wieder abziehen.

— **Drei Zentner Silbergeld beschlagnahmt.** Eine geheime Silberschmelze wurde von Berliner Kriminalbeamten ausgehoben. Es war bekannt geworden, daß in der Silberschmelze von Ilk und Sauermann in der Neuen Grünstraße deutsches Silbergeld aufgekauft und geschmolzen wurde. Die Ablieferer waren hauptsächlich Galizier, die trotz des Verbots Silbergeld auskauften und nach der Schmelze brachten. Das veranlaßte die Beamten, überraschend in die Schmelze einzudringen. Sie trafen die Leute gerade bei der Arbeit. Die Schmelzöfen glühten und auf der Koksglut standen Tiegel mit deutschem Silbergeld. Der Prozeß war noch nicht soweit fortgeschritten, daß die Masse nicht mehr zu erkennen war. Die Beamten sahen so, daß es sich um Silbergeld handelte und ließen dieses auch fertig schmelzen, in Barren gießen und abkühlen. Dann wurden diese beschlagnahmt. Außerdem wurden bei einer Durchsuchung noch in alten Emailleeimern Silberstücke von 50 Pfg. bis 5 Mark vorgefunden und gleichfalls beschlagnahmt. Im Ganzen wurden fünf Barren eingeschmolzenes Silber und sieben Beutel mit gemünztem Gelde nach dem Polizeipräsidium gebracht, zusammen ungefähr drei Zentner.

— **Wegen dreifachen Mordes,** begangen in der Nacht zum 7. Januar ds. Js. an dem Oberprimaner Hans Jobst Nölke und ihren beiden Kindern Liselotte und Erika, hatte sich vor dem Schwurgericht in Hannover die Ehefrau Luise Zerweck, geb. Droste, zu verantworten. Die Frau wurde 1883 in Hannover als Tochter eines Oberzahlmeisters geboren. Sie hatte eine gute Erziehung genossen, spricht englisch und französisch, lebte eine Zeitlang in England und Belgien und ist ein intelligentes, aber sehr leichtfertiges und hysterisch veranlagtes Weib, das die Männerwelt in ihren Bann zu ziehen verstand. Sie war verheiratet mit einem Kaufmann Theodor Zerweck, der nach dem Kriege unter vorläufiger Zurücklassung seiner Frau nach Brasilien ging, um dort eine Farm zu kaufen. Die Frau Zerweck wurde mit ihren Kindern hier in Hannover in einer besseren Familie zwangseingemietet. Dort lernte sie den 18jährigen Oberprimaner Hans Jobst Nölke kennen, den sie so an sich zu fesseln verstand, daß er ihr willenlos ergeben war. Die leichtsinnige Frau unterhielt aber auch zu anderen Männern Beziehungen. Der Primaner bewog seine Eltern, die Frau mit den beiden Kindern in ihr Haus zu nehmen, wo sie etwas im Haushalt mittätig war, im übrigen aber selbständig wirtschaftete. Häufig veranstaltete sie große Gelage, und nach einem solchen, am Morgen des 7. Januar ds. Js., wurden der junge Nölke und die beiden Kinder tot in ihrer Wohnung aufgefunden, während sie selbst bewußtlos am Boden lag. Die beiden Kinder waren erschossen. Die Leiche des Nölke hielt in der einen Hand einen Revolver, in der andern eine Flasche. Es wurde aber festgestellt, daß dem jungen Manne diese Gegenstände nach erfolgtem Tode in die Hände gelegt worden seien. Der Tod des Nölke ist durch Alkohol- und Morphiumvergiftung erfolgt. Die Frau Zerweck hatte ebenfalls Morphium genommen, sie erholte sich aber von der Vergiftung. Das unselige Weib leugnete hartnäckig und behauptete, Nölke habe die Kinder erschossen und sich dann selbst getötet. Sie hat aber vor der Tat wiederholt angedeutet, daß sie mit ihren Kindern aus dem Leben scheiden wolle. Als Beweggrund kommt Vermögensverfall in Betracht. Die gefühllose Mörderin zeigte nicht die geringste Reue. Die Geschworenen sprachen sie nur des Mordes an ihren beiden Kindern schuldig; von der Anschuldigung, den Primaner Nölke ermordet zu haben, wurde sie freigesprochen. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zum Tode.

— **Ein mit beispielsloser Brutalität ausgeführter Raubüberfall** auf einen gelähmten alten Mann und dessen Frau fand jetzt vor dem Schwurgericht des Landgerichts III seine Sühne. Angeklagt wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes, Begünstigung und Beihilfe waren der Dreher Karl Schulz, der Schlosser Willi Bach, der Landarbeiter Richard Hartwig, der Kellner Lorenz Lemmen, der Schiffsjoch Karl Kiessig, der Arbeiter Friedrich Stielow, der Heizer Hermann Gutsche und der Ingenieur und Betriebsrat Otto Hansen. Sämtliche Angeklagte sind, wie das „Berl. Tgbl." meldet, Mitglieder der Kommunistischen Partei. Wie der Angeklagte Kiessig angegeben hat, handelte es sich darum, für die Kommunistische Parteikasse Geld zu beschaffen. Nachdem sie sich mit einer Flasche Aether, mehreren Pistolen und Revolvern versehen hatten, schlichen sie sich am Abend des 6. November 1920 auf das Grundstück des Bauerngutsbesitzers Karl Tasche in Dallgow. Mit vorgehaltenen Schußwaffen zwangen sie gewaltsam den Besitzer und seine Frau zunächst zu Boden. Als trotzdem die Eheleute um Hilfe riefen, goß Bach den Inhalt der Aetherflasche über den Kopf der alten Frau, so daß sie in tiefe Ohnmacht verfiel. Dann plünderten sie die Wohnräume, nahmen alle Wertsachen und Silberzeug und 29 000 Mark Bargeld mit. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurden die Angeklagten zu Freiheitsstrafen von einem Jahre und mehreren Monaten Gefängnis bis zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Vereinsnachrichten.

Südkamen, 17. Nov. (Krieger- und Landwehrverein Südkamen.) Der in der letzten Monats-Versammlung beschlossene **Unterhaltungs-Abend** findet am Sonnabend, den 10. Dezember, im Vereinslokal Düselshöft statt. Die Feier ist eine geschlossene für Mitglieder und deren Angehörige. Freunde und Gönner des Vereins können eingeführt werden. Neben Musikvorträgen, Vorführung von kleinen Theaterstücken und dergl. mehr wird eine Verlosung stattfinden. Alles in allem verspricht der Abend ein recht gemütlicher zu werden.

Kaiserau, 17. Nov. (Theaterklub „Edelweiß".) Am 6. und 13. November wurde vom Theaterklub „Edelweiß" die reizende Operette „Winzerliesel", ein Zugstück ersten Ranges, vor jedesmalig ausverkauften Hause öffentlich aufgeführt. Die Einstudierung hatten die Herren Kapellmeister Telge und Lehrer Spielberg übernommen, und was da mit den meist ungeschulten Stimmen geleistet worden ist, verdient vollste Anmerkennung. Ueber die Spieler, die bei den Aufführungen sämtlich auf der Höhe waren, durfte man sich wirklich freuen. Neben der ernsteren Tendenz dieser Operette kam auch der Humor voll zu seinem Rechte. Hierfür sorgte Nepomuk Liebespinsel (Herr Martin Bukowski) in ausreichendem Maße. Herr Bukowski war gesanglich gut disponiert und Dank seines deutlichen, obendrein noch raschen Sprechens, ging dem erheiterten Publikum nichts von seinen vielen Leckerbissen verloren. Seine Braut Euphrosine Blütenschnee (Frau Künzel) paßte sich ihrem Partner vorzüglich an. Das Auftreten der beiden hielt die Lachmuskeln des Publikums in steter Bewegung. Die Rolle der „Winzerliesel" lag in den Händen des Fräulein Kuberka. Durch ihre klangvolle Stimme, ihre gute Aussprache und ihr kindliches, anheimelndes Spiel hatte sie sich bald die Herzen des Publikums gewonnen. Ihr Partner Graf Walter von Steinen (Herr Ernst Budde) spielte mit Würde. Sein Auftreten war gelenkig und seinem Stande gemäß gräflich. Ebenso vorzüglich war das Auftreten der Henriette von Raden (Frl. Müller), die geradezu elegant spielte, und ihres Sekretärs Erich Felden (Herr Künzel), dessen Intriguen gegen das Winzerliesel Spannung hervorriefen. Auch Winzermax (Herr Otto Grages), der ebenfalls um Liesels Herz wirbt, spielte recht herzig und natürlich. An ihm gefiel die Ruhe, mit der er sich in sein Schicksal fügt. Der spannende Augenblick, in welchem sich die Gräfin Irene von Steinen (Frau Jakobsmeier), die ihre Rolle recht würdig und mit Adelsstolz spielte, von ihrem Sohne Walter lossagen will, trat gut in die Erscheinung. Vortrefflich griff auch Vater Werner (Herr Stichmann), dem seine Rolle nett anstand, in die Handlung ein. — Jede Rolle gab den Darstellern Gelegenheit zu Glanzleistungen. Nach allen Akten wurden dieselben lebhaft herausgerufen. Einige Schlager wurden stürmisch da capo verlangt. Die Gesamtleistung, auch die Tänze der Winzer und Winzerinnen, war äußerst günstig und der stürmische Gesamtbeifall des Publikums zeugte davon, daß die Operette „Winzerliesel" ihren Zweck erreicht hatte. — Die instrumentale Begleitung wurde von der Bergkapelle Kurl ausgeführt und kam exakt zur Geltung. Die Gesamtleitung der Operette hatte Herr Kapellmeister Telge in der Hand, der seiner schwierigen Aufgabe voll und ganz gewachsen war. Alles in allem genommen, war die Aufführung der „Winzerliesel" ein großer Erfolg für den Theaterklub „Edelweiß". Wünschen wir ihm nach diesem Erfolg ein weiteres Vorwärtsstreben auf dem Gebiete der Theaterkunst! Ng.

Sport.

Kamen, 17. Nov. Bei herrlichem Fußballwetter kamen am vergangenen Sonntag die Fußball-Meisterschaftsspiele zum Austrag. Dem regnerischen und stürmischen Wetter der Vorsonntage war ein gelinder, trockener Frost gefolgt. Vor Mittag schon wehte von dem neuen Umkleideraum auf dem Sportplatze in der Mersch die grün-weiße Flagge des Sportvereins und zeigte allen Sportanhängern, daß nachmittags etwas besonderes geboten würde. Eine stattliche Anzahl Zuschauer hatte sich dann auch eingefunden, die Zeuge sein wollten des Meisterschaftsspiels Sportverein gegen V. f. K. Hamm. Sie werden — wenn auch die heimische Mannschaft unterlag — dabei voll und ganz auf ihre Kosten gekommen sein, da von Anfang bis zu Ende ein schnelles und an spannenden Momenten reiches Spiel vorgeführt wurde. — Zum Spiel selbst: Gleich mit dem Anstoß der grün-weißen legen beide Mannschaften ein äußerst flottes Tempo vor. Durch rasende Läufe und weites Zuspiel das Leder bald vor dem einen, bald vor dem andern Tor. Die Torhüter bekommen abwechselnd auf beiden Seiten des öfteren Gelegenheit zum Eingreifen, verschiedene Bälle gehen Torpfosten oder Latte. In der [illegible] Minute entsteht ein Gedränge vor dem Kamener Tor. Der Torwart will eingreifen und läuft heraus, in welchem Augenblick ein V. f. K.-Stürmer den Ball ins Tor treibt. Weiterhin verteiltes Spiel, bis ein Kamener Spieler hart an der Grenze des Strafraums einen Gegner mit den Händen [illegible]. Der zur Strafe hierfür von unparteiisch verhängte Elfmeter bringt den Gästen einen zweiten billigen Erfolg. Sportvereins Elf läßt sich nicht entmutigen, greift weiterhin mächtig an und kann auch darauf ein Tor aufholen. Bereits einige Minuten später wird der Ball zum zweiten Mal ins Hammer Netz gejagd und damit der Ausgleich hergestellt. Bis zur Halbzeit ändert sich an dem Torverhältnis nichts mehr. Nach Wiederbeginn versuchten beide Mannschaften mit aller Gewalt die Führung an sich zu reißen, bis dies nach etwa 10 Minuten den Gästen durch schönen flachen Torschuß ihres Mittelstürmers gelingt. Die Gäste haben längere Zeit mehr vom Spiel und können nach weiteren 10 Minuten zum vierten Male erfolgreich sein. Die Platz-Mannschaft verdoppelt jetzt ihre Anstrengungen und zwingt den Gegner lange Zeit in seine Spielhälfte zurück. Verteidiger und Läufer füttern den Sturm reichlich mit Vorlagen, aber dieser weiß sie nicht zu verwerten. Zu dem ist auch die Hammer Abwehr auf der Hut. Sportverein Läufer stehen teilweise mit im Sturm, die ungeduldig gewordenen Verteidiger sind weit über die Mitte aufgerückt. Aber alles hilft nichts. Vor dem feindlichen Tore ist's mit der Kunst zu Ende, wobei die unglaublichsten Sachen ausgelassen werden. Der Versuch, die Verteidigung zu umspielen, war hier nicht richtig, weite wuchtige Schläge aufs Tor hätten allein Wandel schaffen können. Am Torschuß fehlt es überhaupt fast dem ganzen Sturm, dem Schmerzenskind der Mannschaft. Hier kann nur fleißiges Ueben nachhelfen. Die Hammer machen sich dann schließlich aus der Umklammerung frei und man sieht bis zum Schluß widerum verteiltes Spiel. Der Unparteiische, Herr Redicker Lippstadt, hatte bei dem schnellen Spiel ein schweres Amt. — Vorher spielte Sportverein 1a Jugend gegen Wickede-Asseln 1a und konnte mit viel Glück 3:1 gewinnen. Die Gäste zeigten sich als zähe Gegner. — Am kommenden Sonntag pflegt Sportverein Liga der wohlverdienten Ruhe, die 2. Mannschaft spielt in Unna gegen den Unnaer Sportklub, die 3. Mannschaft auf eigenem Platz gegen denselben Verein. Die 1a Jugend ist im letzten Diplomspiel der 1. Serie Gast des Sport-Cl. Holzwickede und bringt hoffentlich auch von diesem Spiele die Punkte mit heim. — Am Sonnabend nachmittag 3.15 Uhr spielt Sportvereins verstärkte A.-H.-Mannschaft gegen eine Fußball-Mannschaft, die sich aus Dortmunder Postbeamten zusammensetzt. Beide Mannschaften standen sich bereits vor einigen Wochen gegenüber, wobei nach interessantem Spiel ein 2:2 Ergebnis herauskam. Man darf gespannt sein, wer diesmal der glückliche Sieger sein wird.

Kamen, 17. Nov. V.-B. Wickede 1a Jugend gegen S.-V. Kamen 1a Jugend 1:3 Eckenverhältnis, 3:1 für Wickede. W. hat Wahl, wählt die bessere Seite und kommt gleich gut auf. Die Kamener finden sich nicht sofort und deshalb läßt sich eine leichte Ueberlegenheit Wickedes nicht verkennen. Aber schon in der 5. Minute konnte Kamen nach einem guten Durchbruch des Linksaußen das 1. Tor erzwingen, Kurz darauf verschießt der Halblinks Kamens eine gute Gelegenheit. In der 20. Minute sendet der Platzverein zum 2. male ein. Mit 2:0 gehts in die Pause. Nach einiger Zeit kann Wickede ein schönes Tor durch den Halblinken erzielen. Zum Ausgleich kam es trotz leichter Ueberlegenheit nicht, da Kamens Deckung alle Angriffe zunichte machte. 5 Minute vor Schluß kann der Platzverein durch einen wunderbaren Schuß des Mittelstürmers das 3. Tor buchen. Mit 3:1 für Kamen trennte der Schiedsrichter zwei gleichwertige Mannschaften. — Der 1. Jugend des S.-V. Kamen, die noch ungeschlagen an der Spitze der Tabelle steht, ein dreifaches „Ball Heil!"

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K. = Hobentlei Krammarkt. V. = Viehmarkt.
KM. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt.
Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Montag, 21. Nov.: Soest Rindv. Pf. Schw., Dortmund und Hagen Schlachtv.
Dienstag, 22. Nov.: Beckum V., Ochtrup V., Buer V., Bielefeld Rindv. Pf. Schw., Lüdinghausen V., Vreden K. V., Lippstadt K. V.
Mittwoch, 23. Nov.: Bochum Rindv. Pf. Schw. Schlachtv., Rienborg K. V., Petershagen K. Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Dortmund Zucht Faselv.
Donnerstag, 24. Nov.: Recklinghausen V., Dorsten K. V., Ottenstein V., Rheine K. V., Kaunitz K. Rindv. Schw. Hamm V. Schw.
Freitag, 25. Nov.: Delbrück K. Rindv. Pf. Schw., Brambauer V., Herford Rindv. Pf. Schw.

Briefkasten.

F. F. Lansen wird zumeist in der Verbindung mit sein gebraucht, doch, wo nicht sowohl die Ortsveränderung als die Anstrengung, das Sich-Mühen hervorgehoben werden soll, auch mit haben.

Nobodifilm
In 52 Akten.
4814

Monogramme

In Wäsche und Paletots
werden aufgezeichnet und
— — gestickt bei — —

Frau Eumann
Markt 23. 4822

Kartoffeln, rote Möhren und Runkeln
hat abzugeben
W. Neff, Bahnhofstr.,
4824 Telephon 122.
Eingang zum Lager Klosterstraße.

Wo ist Nobodi zu sehen?
4816

Statt Karten!

Heinrich Büscher
Emma Büscher
geb. Potthoff verw. Rellmann

Vermählte.

Bergkamen, den 17. November 1921.
4818

Zentrumspartei
482₁
Morgen Freitag abend 8 Uhr bei Neff:
Lichtbilder-Vortrag:
Der Aufbau des deutschen Staates.

Amt Pelkum
Oeffentliche Mahnung.

An die Zahlung der rückständigen Reichs-, Gemeinde- und Kirchensteuern für das 3. Vierteljahr, des Reichsnotopfers, der Viehseuchen- und sonstigen Abgaben wird mit dem Bemerken erinnert, daß am 24. ds. Mts. das Beitreibungsverfahren beginnt. 4828

Pelkum, den 17. November 1921.

Die Vollstreckungsbehörde:
Heimann, Amtsrentmeister.


Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das bestens empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3,50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Drogerie Klinkmann, Weststraße 1.

Existenz oder Nebenverdienst.
Für sensationelle Erfindung m. d. in wenigen Tagen über ½ Mill. Mk. Umsätze erzielt wurden, suchen wir an allen Plätzen fleißige, strebsame Leute jeden Standes zw. Uebernahme u. Bezirksn. bei sehr hohem Verdienst. Neben- großzügiger Reklameunterstützung wird bei Antritt der Tätigkeit bis zu Mk. 2000.— Unterstützung gewährt. Anfragen ist Rückporto beizufügen. h14743
E. Ballentin,
Berlin S. O. 16,
Michaelkirchstraße 16.

Erstklassige
Nähmaschinen
m. Zahlungserleichterung
Maschinen-Großhandlung liefert erstklassige Fabrikate bei geringer Anzahlung
ohne Preisaufschlag
Für jede Maschine wird langjährig garantiert. Jedermann ist durch dieses Angebot in der Lage, sich eine erstkl. Maschine anzuschaffen. Versand frei Haus. 3298
Ew. Erger,
Spezialhaus Hörde.

Gut erhaltener
Futterpelz
(Bisam) f. Herrenmantel und fast neuer, großer
Kinderwagen
preiswert zu verkaufen.
Näheres durch die Geschäftsst. d. Ztg. 4793

Gebrauchte, gut erhaltene
Nähmaschine
zu verkaufen. 4785
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein eichener
Küchenschrank
zu verkaufen. r4811
Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gute Mandoline
zu verkaufen. 4820
Zu erfr. in der Geschst.

Mädchen
für halbe Tage sofort gesucht. 4787
Frau Rittenbruch,
Kamen,
Bahnhofstraße 36.

2 anständige Bergleute erhalten
Kost und Logis.
4801 Kamen,
Weddinghoferstr. 92.

Zukunft!
Glück, Gesundheit, Leben, Charakter, Schicksal, Geschäft und Streben; Freundschaft, Feindschaft, Eheglück berechne ich aus der Sterne Blick. Senden Sie mir Geburtstag und Jahr, dann sage ich Ihnen was kommt und was war. Preis neun Mark. r4823
Viele Dankschreiben
Barkow,
Hannover-Wülfel. E. 51.

Siegellack
in guter Qualität
:: empfiehlt ::
Buchdruckerei der
Kamener Zeitung.

Wer ist Nobodi?
4815

Ein Waggon
gelbe Steckrüben
eingetroffen. Empfehle zu den billigsten Tagespreisen. h4825
H. Hollmann,
Rottstraße 17.

Bilder-Rahmen
in allen Größen
und
Ausführungen
empfiehlt
Die Buchhandlung der Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

Kauft Nobodi-Journale!
4817



In der Druckerei der
Kamener Zeitung
werden
Druckarbeiten jeder Art
zu Geschäfts-, Privat- und Vereinszwecken
in feiner u. moderner Ausführung aufs sorgfältigste hergestellt.

Der Reichswirtschaftsrat für 30 Prozent Kohlensteuer.

Der Kohlensteuerausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beriet den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Kohlensteuergesetzes. Die Steuer soll nach der Regierungsvorlage auf 40% des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen Kohle erhöht werden. Die Sätze sind aber für die verschiedenen Bergwerke und Kohlensorten verschieden bemessen. So kommen u. a. von den 40% für die Kohlen des niedersächsischen Steinkohlenbergbaus nur 86,5% zur Erhebung, von der Kohle des Braunkohlenbergbaues im Westerwald und in Hessen 25%, von der Kohle des rheinischen Braunkohlenbergbaues dagegen 111,5%. Der Berechnung der Sätze ist der Preis der Ruhrkohlen zugrunde gelegt worden. Für die in der Aufstellung nicht besonders genannten Kohlen sind bei Steinkohlen 100%, bei Braunkohlen 90% vorgesehen. Der Reichsfinanzminister der Finanzen kann mit Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrats den Steuersatz ermäßigen.

Von Regierungsseite (Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium) wurde ausgeführt: „Bisher hat nur ein geringer Teil der Exportgewinne erfaßt werden können. Durch erhöhte Besteuerung der Kohle wird die Ausfuhrabgabe ergänzt werden können. Dazu kommt, daß der niedrige Kohlenpreis die durchaus notwendige Sparsamkeit im Kohlenverbrauch in Frage stellt. Der Inlandkohlenpreis wird auf Selbstkostenpreis gehalten, die Fabrikatspreise nähern sich dagegen den Weltmarktpreisen. Der entstehende Unterschied erzeugt verhältnismäßige Uebergewinne. Eine Steuererhöhung wäre deshalb zu empfehlen."

Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt, daß ebenfalls ein Steuersatz von 30% als tragbar zu betrachten sei. Die Erhöhung der Kohlenpreise würde die Lebenshaltung der breiten Massen stark herabdrücken, weil die Preissteigerung auch auf anderen Gebieten Preiserhöhungen zur Folge haben und außerdem dem Reiche nur eine vorübergehende finanzielle Erleichterung verschafft werde.

Der Ausschuß nahm den Entwurf mit Mehrheit unter Vornahme folgender Aenderungen an:

„1. Der Steuersatz soll nicht 40%, sondern nur 30% betragen. Der Differenzierung wird im übrigen zugestimmt.

2. Die Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen, den Steuersatz zu ermäßigen, soll nicht nur an die Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrats, sondern auch an die gutachtliche Anhörung des Reichswirtschaftsrats gebunden sein."

Der demokratische Parteitag.

(TU) Die Montagssitzung begann mit der Beratung der Flaggenfrage. Platen-Hamburg verkannte durchaus nicht die idealen Werte von schwarz-weiß-rot, stand aber auf dem Boden der Verfassung. Schurig-Bremen wies darauf hin, daß die Auslandsdeutschen an schwarz-weiß-rot hängen. Einem Volksentscheid werde man sich selbstverständlich fügen; man brauche ihn aber nicht herbeizuführen. Professor Quidde führte aus, schwarz-rot-gold sei das Symbol des größeren Deutschlands, der Freiheit, des Idealismus; schwarz-weiß-rot dagegen sei heute die Farbe der Reaktion und der Konterrevolution geworden. Dr. Petersen warnte vor einem Beschluß in dieser erregten Stimmung. Nach weiterer Debatte wurde ein Antrag Meyer-Berlin angenommen, der die verwerfliche parteipolitische Ausnutzung der Flaggenfrage verurteilt, sich für die verfassungsmäßige Flagge einsetzt und davor warnt, durch unfruchtbares Streiten die Geschlossenheit der verfassungstreuen Partei zu gefährden.

Danach nahm der Parteitag eine Reihe von Entschließungen an. Die erste von Frau Dr. Lüders eingebrachte protestiert gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien, die eine unerträgliche Verletzung des Versailler Vertrages bedeute und daher eine Revision erfordere. Die zweite, ebenfalls von Frau Lüders, eingebrachte Resolution, fordert die Festsetzung eines Totengedenktages für die Opfer des Krieges. Eine Resolution Meyer bedauert den Verlust des preußischen Handelsministeriums für die Partei. Die Landtagsfraktion erklärte dazu, sie habe sich um die beiden wirtschaftlichen Ministerien bemüht und werde weiter die Interessen von Handel, Industrie und Mittelstand schützen. — Ueber „Demokratie und gewerblichem Mittelstand" referierte Handwerkskammersyndikus Harmann-Reutlingen. Er entwickelte in großen Zügen ein demokratisches Mittelstandsprogramm, an dessen Spitze die Stärkung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes steht. Ministerialrat Direktor Wolff gab Richtlinien über die Lehrerbildung. Darauf erstattete der Vorsitzende des Vereins für Volksbildung, Tews, sein Referat zum Reichsschulgesetzentwurf. Er beantwortete die Trennung der Schule vom Staat. Pfarrer Moering-Breslau referierte über Religionsunterricht in der Gemeinschaft. In der Aussprache gab Reichsminister a. D. Koch eine Uebersicht über die Entstehungsgeschichte des Schulgesetzes. Ein besserer Entwurf konnte leider nicht erreicht werden, solange man auf die Mitarbeit des Zentrums angewiesen sei. Schließlich wurde mit allen gegen eine Stimme eine längere Entschließung angenommen, die sich für die nationale Einheitsschule ausspricht. Die Entschließung fordert die Reichstagsfraktion auf, auf die baldige Verabschiedung des Entwurfes hinzuwirken. Zur Lehrerbildungsfrage wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Abbau der bisherigen Lehrerbildung anstrebt und eine hochschulmäßige Vorbildung der Lehrer in Verbindung mit den bestehenden Hochschulen fordert. In einer weiteren Entschließung wurde u. a. nach dem Einkommen abgestuftes Schulgeld verlangt. In dem folgenden Referat über Angestellten- und Sozialpolitik verlangt Verbandsvorsitzender Schneider-Sachsen die Linderung des wirtschaftlichen Druckes, der auf dem Einzelnen laste, um ihn nicht dem Klassenkampf verfallen zu lassen. Der Redner fordert die Anpassung der sozialen Versicherungen an den gesunkenen Geldwert und die Selbstverwaltung der Reichsversicherungsanstalt. Weiter verlangt er völlige Sonntagsruhe, kostenfreie Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge. Darauf wurde eine längere Entschließung angenommen, die u. a. die Ersetzung der Goldwerte durch Sachwerte fordert und die Privatisierung von Post und Eisenbahn ablehnt. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und nach einigen Schlußworten Dr. Petersens und Dr. Raabes wurde der Parteitag geschlossen.

Die Abschaffung kirchlicher Feiertage in Thüringen.

Die thüringische rein sozialistische Regierung hat bekanntlich vor etwa einer Woche durch „Notgesetz" das Reformationsfest als gesetzlichen Feiertag abgeschafft und den 9. November durch ein zweites „Notgesetz" zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Gegen diese diktatorische Handlung richtete sich heftiger Widerspruch im ganzen Lande, und die bürgerlichen Parteien erzwangen die sofortige Einberufung des vertagten Landtags, da sie der Ansicht waren, daß die verfassungsmäßigen Grundlagen für die Erlassung dieser Notgesetze fehlten. In der daraufhin einberufenen Sitzung des Landtags erklärte der Vater der thüringischen Verfassung, Professor Rosenthal-Jena (Demokrat), den Erlaß der stieß damit natürlich auf den Widerstand der Regierung und Parteien der Linken. Der unabhängige Volksbildungsminister hielt den Erlaß für die natürliche Folge der Trennung zwischen Kirche und Staat, die Regierung pochte auf ihre „Mehrheit" (von 1700 Stimmen). In der sehr erregten Aussprache geißelten die bürgerlichen Parteien besonders die Gewissensvergewaltigung, die die von der Regierung gegebenen Ausführungsbestimmungen den Lehrern und Beamten auferlegt, ebenso wie den Mangel an Kenntnis der Volksseele und die Erziehung zur Heuchelei. Nach dem Urteil der Demokraten könne als Feiertag für das Reich nur der Verfassungstag in Betracht kommen, nicht der 9. November, der für weiteste Volkskreise ein Tag der Schmach bleiben werde und an dem die Unabhängigen die Räteherrschaft aufrichten wollten. Auch stärke einseitiges Vorgehen eines Landes den Partikularismus. Der Versuch einiger bürgerlicher Parteien, zur grundsätzlichen Feststellung der Rechtskraft derartiger Notgesetze den Staatsgerichtshof anzurufen, scheiterte. Gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien wurden die „Notgesetze" Gesetz. Ein zur Abschaffung des Bußtages bereits vorliegendes Notgesetz wurde zurückgezogen, der Bußtag aber durch Abstimmung — wieder gegen die bürgerlichen Stimmen — als gesetzlicher Feiertag gestrichen. Die beabsichtigte Amnestie für wegen politischer Vergehen Bestrafte wird nicht auf dem Wege der Notgesetzgebung erledigt werden. Im Verlauf der Aussprache stellte sich heraus, daß die Regierung im weitern Verfolg ihrer Ansichten auch beabsichtigt, den Karfreitag und ähnliche Feiertage abzuschaffen, um sie durch Sonnwend- und ähnliche Feiern zu ersetzen. Die Absicht eines Kulturkampfes wurde von dem Volksbildungsminister abgeleugnet; er erklärte, für die neutrale Gemeinschaftsschule einzutreten. Seine Aeußerungen werden jedoch von bürgerlichen Politikern für ein Gebot der Klugheit, nicht des Willens, gehalten. Durch besondere Verordnung soll den Kindern erlaubt sein, auf Wunsch der Eltern an den genannten Feiertagen der Schule fernzubleiben und die Kirche zu besuchen. Dieses Recht ist aber bereits durch die Reichsverfassung verbürgt. Die Verhandlungen boten ein jammervolles Bild unsrer Zeit. In dem Augenblick tiefster deutscher Not, während man in Preußen unter Opfern die große Koalition bildet, hat die Regierung eines deutschen Landes aus Macht- und parteipolitischem Beifallshunger die Drachensaat der Zwietracht. Im Lande des ersten deutschen Parlaments muß man sich um Feiertage zanken.

Predigerstimmen in der Wüste.

In der Daily Mail, der Chikago Tribune und New York World veröffentlicht der englische Romanschriftsteller H. G. Wells einen Artikel, worin er den Versailler Vertrag als die Krönung des Revanchegedankens Frankreichs bezeichnet und sich nachdrücklichst dagegen wendet, daß Deutschland und Rußland auf der Washingtoner Konferenz nicht vertreten sein sollen. Obwohl Rußland durch die Rettung Frankreichs im Jahre 1914 alles getan habe und obwohl es im Weltkriege mehr Tote hatte, als Frankreich und Amerika zusammengenommen, schließe man es von der Washingtoner Konferenz aus. Das deutsche und russische Volk hatten keine Stimme in Versailles und nun wolle man ihnen auch keine in Washington gewähren. Wells bezeichnet es als krasse Ungerechtigkeit, daß man Deutschland ausschließen wolle. Deutschland besitze die zentralste Lage in ganz Europa und übertreffe an Bevölkerungszahl alle anderen europäischen Völker mit Ausnahme Rußlands. Die Erziehung des deutschen Volkes sei höher als die aller anderen Völker der Welt. Das deutsche Volk sei arbeitsam und intelligent. Es sei unmöglich, dieses Volk zu zerstören, es von der Landkarte zu streichen, doch es sei möglich, es wirtschaftlich und sozial niederbrechen zu lassen, dann jedoch werde auch der größte Teil Europas ruiniert. Deutschland war in einem großen Kriege unterlegen. Es habe sich auf Grund der 14 Punkte Wilsons ergeben. Aber die Versailler Konferenz habe alle diese Versprechungen gegenüber Deutschland als Fetzen Papier betrachtet. In ganz kurzer Zeit werde Deutschland völlig bankrott werden. Früher oder später werde es unumgänglich notwendig sein, die Weltpolitik, die augenblicklich getrieben werde, zu ändern. Wells beklagt dann, daß Rußland nicht zu der Konferenz eingeladen wurde. Er behauptet, daß Frankreich und England dem russischen Staat zu großem Dank verpflichtet seien, weil ohne Rußland Deutschland den Krieg schon im Jahre 1916 gewonnen hätte.

Hauswirtschaftliches.

Puppenköpfe aus Wachs aufzufrischen

Wenn keine sogenannte Puppenklinik in der Nähe oder man die Ausgaben dafür sparen möchte, verfahre man wie folgt, um die verblaßten, von den Liebkosungen unserer Kinder arg mitgenommenen Wachsköpfe wieder auf „Neu" herzustellen. Zunächst reibt man mit weichem Lappen und Speiseöl Gesicht und Hals sorgsam ab, bis der Schmutz verschwunden und die Kratzen glatt geworden. Dann bestäubt man das Gesicht mit Watte und Puder oder Kartoffelmehl, damit das Fett aufgesaugt wird. Nun reibt man mit trockner Watte nach und färbt die Wangen mit Watte und Schminke oder Karminfarbe aus dem Malkasten der Kinder rosig. Die Augenbrauen zieht man mit einer an der Kerze angekohlten, ungeschälten Mandelspitze nach, Lippen mit Zinnober oder Karmin, Gummiarabikumwasser und feinem Pinsel. Das verwirrte Flachshaar fettet man mit etwas Oel ein, bürstet es recht glatt und wickelt es auf Lockenwickel, nachdem man es gut mit Zuckerwasser angefeuchtet. Zum Aufkleben abgerissener Puppenköpfe auf den Puppenbalg und zum Befestigen der Perücke, die man im Spezialgeschäft einzeln erhält, bediene man sich gutgekochten Kölner Leims, den man am Tage zuvor einweichte.

Beim Reinigen des Ausgußbeckens

kann man den Gebrauch von Seife ausschalten, indem man Zeitungspapier zusammenballt und mit Salz bestreut. Damit ausgerieben und mit Wasser nachgespült, wird der Ausguß rasch sauber.

Frische Tintenflecke

entfernt man aus der Tuchauflage des Schreibtisches, aus Tischdecken, Teppichen und ähnlichen wollenen Stoffen, wenn man mit Watte, Schwamm oder Löschpapier zunächst die Tinte aufsaugt, dann den Fleck mit Milch befeuchtet und mit Watte reinigt, bis er verschwunden ist. Zum Schluß wäscht und bürstet man mit Seifenwasser und reinem klaren Wasser nach und reibt mit einem Tuche trocken.

Gänseklein mit Aepfeln.

Das in gleichmäßige Stücke zerhackte Gänseklein kocht man mit reichlich Wurzelwerk, einem Lorbeerblatt und dem nötigen Salz nur gerade mit Wasser bedeckt, weich. Inzwischen schält und viertelt man 1 Pfund Mausäpfel, entfernt das Kernhaus und kocht sie mit einem Teelöffel Korinthen, ebenso viel gewiegten Mandeln und etwas Zitronenschale rasch weich, doch dürfen sie nicht zerfallen. Die nur knapp bemessene Apfelbrühe wird zum abgegossen, zwei Drittel Gänsebrühe dazu getan, diese mit einer dicken Mehlschwitze und einem Teelöffel Appels Suppenwürze zu sämiger Soße verkocht, Fleisch und Apfel darin noch 10 Minuten ziehen gelassen und das mit noch etwas Zucker abgewürzte Gericht mit Salzkartoffeln, Semmel- oder Mehlklößchen zu Tisch gegeben.

Feine Meerettichsoße zu Fleisch, Fisch oder Würstchen.

½ Liter kräftige, schnell aus Appels Fleischbrühwürfeln hergestellte Fleischbrühe, 2 Eßlöffel Essig, 1 Eßlöffel Zucker, eigroß Butter, Salz, 2 Eßlöffel voll geriebenes Zwieback und 5 Eßlöffel voll gewaschene Korinthen kocht man gut auf, fügt 5 Minuten vor dem Fertigstellen 6 Eßlöffel voll geriebenen Meerrettich dazu und würzt die Soße mit etwas Pfeffer.

Gesundheitliches.

In welcher Jahreszeit schläft man am besten?

Im Herbst! Warum? Die Frage ist nicht so einfach, wie mancher denkt, zu beantworten. Mancher Körper hat noch vom Sommer her, wo er infolge großer Hitze nicht genügend schlafen konnte, Schlaf nachzuholen. Dazu kommt, daß zu Beginn des Winterschlafs vieler Wesen nicht nur das Schlafbedürfnis der Tiere, sondern auch das des Menschen ein größeres ist. Desgleichen fördert das frühe Finsterwerden ein frühes Schlafbegehren. Der Vogel schläft ein, wenn es dunkelt und weckt auf, wenn es hell wird. Der Mensch jedoch verschiebt willkürlich die Zeit des Einschlafens und die des Ausschlafens — eine Folge seiner komplizierten, von geistigen Anstrengungen und Ausschweifungen aller Art gekennzeichneten Lebenshaltung. Da die Annahme, daß Vormitternachtsschlaf wertvoller sei als Nachmitternachtsschlaf, viel für sich zu haben scheint, sollte man, um den Körper möglichst zu schonen (Folge: lange zu leben), möglichst zeitig schlafen gehen. Der Sommerschlaf ist der geringwertigste. Aber auch die Kälte des Winters ist dem Schlaf oft hinderlich. Wesentlich besser schläft es sich schon im Frühjahr. Doch der beste Schlaf ist, wie gesagt, bei den meisten Menschen im Herbst wahrnehmbar. Zu dieser Zeit schlafen unsere Kinder „wie die Murmeltiere".

Das gesunde Obstessen.

Der Herbst bringt uns das meiste Obst auf den Tisch, und niemand sollte versäumen, von dieser gesundheit fördernden Nahrung zu genießen. Man muß sich dabei freilich vor Uebermaß und vor unreifen Früchten hüten. Wichtig ist es auch, sich zu vergegenwärtigen, daß die die Verdauung befördernden Eigenschaften bei den verschiedenen Obstsorten sehr verschieden sind. Der Nahrungsphysiologe Gallichan führt dafür einige Beispiele an. Besonders günstig wirken Orangen; auch Weintrauben sind sehr zu empfehlen. Aepfel können nicht unter die nahrhaftesten Früchte gerechnet werden, denn sie enthalten etwa 80 Prozent Wasser; doch hat der Zucker einigen Nährwert, und der Saft ist ein vortrefflicher Blutreiniger. Reife Aepfel werden in etwa drei Stunden verdaut. Die nahrhaftesten und zuckerreichsten Früchte sind Weintrauben, Ananas, Feigen und Datteln, Himbeeren und Blaubeeren sind sehr bekömmlich, mögen sie nun roh oder gekocht gegessen werden, aber sie haben geringen Nährwert. Der Kaligehalt in Aepfeln, Weintrauben, Orangen, Pflaumen und Feigen ist der Gesundheit zuträglich. Besonders zu empfehlen ist es, bereits am Morgen Früchte zu sich zu nehmen, und etwas Obst, z. B. eine Scheibe Melone am Anfang der Hauptmahlzeit regt den Appetit an und fördert die Verdauung. Ueberhaupt sind die „physischen" Wirkungen des Obstes nicht zu unterschätzen. Das angenehme Aeußere der Früchte, ihr Wohlgeruch und ihr Aroma sind für den Organismus förderlich, während ihr Nährgehalt nicht überschätzt werden darf. Früchte, die mehr als 80 Prozent Wasser enthalten, haben keinen irgendwie in Betracht kommenden Nährwert. Aber sie sind wichtig durch die Salze und Säuren, die sie dem Körper zuführen.

Landwirtschaftliches.

Arbeiten in Hof und Feld.

Vor allen Dingen ist die Fütterung des Viehs sorgfältig zu betreiben. Vom Herbst bis zum Frühjahr muß immer gleichmäßig gefüttert werden. Die Zeit erfordert, daß mit dem Futter sparsam umgegangen wird. Besonders muß die tägliche Heugabe sorgfältig berechnet werden. Auf die Gesundheit des Viehs ist jetzt großes Gewicht zu legen. Zur Gesundung des Viehs ist eine gleichmäßige Stallwärme notwendig. Die Hautpflege der Tiere darf selbstverständlich nicht vernachlässigt werden. Bei Rübenblattfütterung ist Torfstreu zu benutzen. Bei Verfütterung der Rüben ist darauf zu achten, daß den Rüben keine Erde anhaftet. Bereiftes Futter darf niemals verfüttert werden. Die Euter der Milchkühe sind stets peinlich sauber zu halten. Stärken sind täglich fünfmal zu melken. Droht Futternot, muß genügend Stroh reserviert werden. Die Feldarbeit beschränkt sich auf Düngen und Pflügen. Zur Hackfrucht muß mit der Untergrundpflug tiefer gepflügt werden. Auf den Wiesen sind die Gräben zu öffnen.

Die Endivie.

Die Endivie ist ein Gemüse, welches in gleicher Weise Verwendung findet wie der Salat, nur von noch feinerem Geschmack als dieser. Den besten Erfolg erzielt man, wenn die Aussaat Ende Juni, spätestens Anfang Juli erfolgt, so daß man dann Ende Juli—Anfang August gute Setzpflanzen besitzt. Am vorteilhaftesten bepflanzt man ein Beet, auf dem im gleichen Jahre schon Hülsenfrüchte standen, also etwa Erbsen. Die Entfernung der Reihen beträgt zirka 40 Zentimeter. Bei trockener Witterung werden dann, sofern sich die Pflanzen genügend in die Breite entwickelt haben, die Blätter emporgehoben und oben locker zusammengebunden. Auf diese Weise erzielt man ein Bleichen der inneren Blätter, die auf diese Weise besonders zart werden. Die Ernte erfolgt vor Eintritt des Frostes. Da man nicht alle Pflanzen auf einmal verbrauchen kann, so hebt man die übrigen mit der Wurzel aus und schlägt sie im Keller in Sand ein. Der Keller muß luftig und hell sein, dumpfe Keller sind ungeeignet. Auf diese Art behandelte Endivien halten sich bis in die ersten Monate des neuen Jahres und bilden daher gerade in der gemüsearmen Zeit eine besonders willkommene Bereicherung des täglichen Speisezettels.

Wie man Baumäste entfernt.

Wenn man Baumäste absägt, so darf dies nicht geschehen, wie man es bei unerfahrenen Gartenfreunden leider oft sieht. Wenn man den Ast von oben her absägt, bricht er schließlich durch sein eigenes Gewicht nieder und die anhängende Rinde reißt nach, so daß nicht nur an dem Aststummel selbst ein großer offener Fleck entsteht, der leicht ansault, sondern auch die Rinde des Stammes oft angerissen wird. Diese blutet dann und vernarbt oft unvollkommen, so daß hier alle möglichen Pilzkeime eindringen und den Baum bald ganz zugrunde richten. Aus diesem Grunde sägt man den Ast zuerst bis etwas unter der Mitte von unten her an, dann erst von oben. Bricht dann der Ast durch sein eigenes Gewicht ab, so verletzt er nirgends die Rinde. Der stehengebliebene Stummel wird hierauf mit einer feinen, dünnen Säge ganz nahe am Stamm abgetrennt und die Wunde sofort mit Obstbaumkarbolineum (50 Prozent) bepinselt, später aber der Vorsicht halber noch mit Baumwachs überzogen. Auf diese Weise heilt die Wunde leicht an, ohne daß ein dauernder Schaden am Baum entsteht.

Nr. 35. 1921.



Ueber und unter Tage.

Ein Roman aus bewegter Zeit am Niederrhein von Hermann Noruschat.

Amerikanischer Copyright by Hermann Noruschat, Duisburg 1921. 34. Fortsetzung. (Alle Rechte vorbehalten.)

27. Kapitel.

Der Arzt hatte bei Lisa Gonders ein heftiges Nervenfieber festgestellt, als Folge der Aufregungen und Entbehrungen der letzten Wochen. Gute Pflege und Ruhe, viel Ruhe konnten helfen, hatte er auf Reinbachs fragenden Blick erklärt.

Jetzt lag sie in einem der stillen Zimmer des großen Krankenhauses, betreut von einer Schwester und der sofort herbeigerufenen Mutter Reinbachs. Mutter und Sohn standen am Lager der phantasierenden Kranken.

„Würde sie gesunden?" war die bange Frage, die auf beider Gesicht zu lesen war. Die schwache Hoffnung in Reinbachs Brust drohte zu schwinden, wenn er den irren Worten Lisas lauschte. Im Fieber schien sie die Ereignisse noch einmal zu erleben, schrie bald verzweiflungsvoll auf, um dann wieder in hastigen, kaum verständlichen Worten um Freilassung zu flehen.

Reinbach wandte sich schließlich erschüttert ab. Er konnte ja nicht helfen. Seiner wartete noch die Aufgabe, in die verworrene Angelegenheit Licht bringen zu helfen, die Entführer und Peiniger des Mädchens der Gerechtigkeit zu überliefern. Auch galt es, das Erbe Lisas zu retten. Der gefährlichste des Verbrecherkomplotts befand sich noch auf freiem Fuß. Er mußte, wie Waltersau sich ausdrückte, in die Schlinge gelockt werden, bevor er neues Unheil anrichten konnte.

Noch einen Blick warf Reinbach auf die Kranke, verabschiedete sich von der Mutter und machte sich auf den Weg nach Ruhrmund, Waltersau aufzusuchen.

Zunächst begab er sich zum Hafen. Im dämmernden Abend streckten sich die langen Leiber der Schiffe träge auf dem Wasser. Eine Möve strich mit gebreiteten Schwingen über den Rhein, schwebte in kühnen Kurven tiefer, wand sich, daß die helleren Unterseiten der Flügel silbrig aufleuchteten und ließ sich lautlos auf dem Wellengekräusel nieder.

Einen Augenblick stand Reinbach an der Mole und genoß die Eigenart des Abendbildes. Da fiel sein Blick auf einen an der Ruhrmündung vertauten Segler, auf dessen Deck langgestreckt ein Mann lag.

Sollte das Dirks Schiff sein?

Deutlich standen die Ereignisse der letzten Stunden wieder vor Reinbachs Seele und mahnten zum Handeln. Er schritt weiter und betrat bald darauf das Deck von Hanses Schiff, vom Schiffer und Frau Marta-Marie mit fragenden Mienen empfangen.

„Gesunden", sagte Reinbach. „Aber fragen Sie nur nicht wie."

Frau Marta-Marie stand die fragende Ungeduld auf der Stirn.

„Gott sei Dank", atmete sie wie von einem Druck befreit auf. „Un wie gehts dem lieben Fräulein?"

„Sie liegt besinnungslos im Krankenhause."

„Dat die schlechten Menschen das Fräulein auch so quälen mußten", ereiferte die Schifferin sich, während Hans Hansen kläglich am Steueraufgang lehnte. Er schien eine Frage auf den Lippen zu haben.

Gebet.

Herr, schicke, was du willst,
Ein Liebes oder Leides;
Ich bin vergnügt, daß beides
Aus deinen Händen quillt.
Wollest mit Freuden
Und mit Leiden
Mich nicht überschütten!
Doch in der Mitten
Liegt holdes Bescheiden.

Mörike.

„Haben Sie die beiden auch gekriegt?" wollte er wissen.

„Stani Kolvolski und Dirk", bestätigte Reinbach. „Wir kamen noch rechtzeitig, um eine Flucht durch den Stollen zur anderen Rheinseite zu verhindern."

„Dirk dabie", wiegte Hansen den Kopf. Marta-Marie aber konnte ihre Genugtuung nicht verbergen.

„Dat's man gut", sagte sie befriedigt, „daß die Kerls gefaßt sin. — Aber, wat klön ich nu hier", fuhr sie fort. „Ich will doch gleich mal zu meinem Fräulein fahren."

Schon war sie in die Kajüte geeilt, kehrte aber bald, zum Ausgehen fertig, zurück.

„Auf Wiedersehen, Herr Reinbach, adjüs, Hansemann."

Eilig schritt sie zur Dammstraße hinauf und verschwand in den engen Gassen der Altstadt.

Hansen blickte ihr schmunzelnd eine Weile nach. Dann wurde sein Gesicht ernst.

„Ich wollt' Ihnen was erzählen."

Er machte eine einladende Handbewegung zur Kajüte.

„Sie is 'ne seelensgute Frau, aber alles braucht sie nich to wissen", fuhr er fort, als Reinbach und er in dem kleinen Prunkzimmerchen sich gegenübersaßen.

„Sie werden wohl noch wissen", hob Hansen wieder an, „dat ich nach dem Bilderdiebstahl auf'm Schiff allerhand Schereereien mit'r Polizei hatte."

„Un dann is ja auch da in der Nähe, wo mein Schiff lag, der Italiener ermordet worden. — Ich hab' mir so allerhand Gedanken gemacht."

Wieder schwieg er. Reinbach wagte nicht, in ihn zu dringen.

„Et kann ja auch nur alles so'n Hirngespinst von mir sein", fuhr Hansen fort. „Aber ich hab' so viel drüber nachdenken müssen. Da stimmt etwas nicht. — Sehen Sie", — er suchte verlegen nach Worten, — „den Jupp un den Stani kenn' ich ja schon lang. Ich hab' ihnen so allerhand Sachen rangeschmuggelt. Der Italiener war auch dabei. Nun weiß ich bloß nich, wie die Bildergeschichte mit dem Kram zusammenhängt. Ich hab' nie darüber was sagen wollen, denn wie leicht kann 'n Mensch in falschen Verdacht kommen und 'n Mord ist keine Kleinigkeit."

Reinbach hatte den Kopf gesenkt und nahm jedes Wort Hansens begierig auf. — Sollten noch schrecklichere Taten mit dem Bilderraub zusammenhängen? Ihm fiel ein, was der Niederhausener Kriminalkommissar über die verstümmelt aufgefangenen Funkrufe gesagt hatte, in denen auch ein Italiener erwähnt worden war. Später hatte der Kommissar ja auch die Ermordung Candidos erwähnt, war aber dieser Spur anscheinend nicht nachgegangen.

„Erzählen Sie, Herr Hansen", drängte Reinbach.

„Ja, zu erzählen is da nich viel. Der Jürgen hat nur mal gesagt, daß der Italiener am Abend vor'm Diebstahl auf'm Schiff gewesen is und am Kajütenfenster spioniert hat.

Na, un denn waren ja mit einem Mal die Bilder weg, un der Candido ist ermordet worden. Die Bilder haben Sie im Schacht gefunden. Auch Ihnen wurden sie wieder gestohlen. Die dat getan haben, wußten Bescheid. Un wenn ich denk', daß Jupp und Stani das Fräulein entführt haben, dann — dann geht mir so'ne schlimme Ahnung auf, dat die beiden auch mit dem Candido was gemacht haben."

Drückendes Schweigen lag nach diesen Worten in dem kleinen Raum. Jeder der beiden Männer hing seinen Gedanken nach. Da ertönte ein fester Schritt auf Deck; Kommandant Waltersau, in der Maske des Professors van Gaasten trat aufgeregt ein.

„Ich suche Sie überall", wandte er sich an Reinbach, „muß man von dritter Seite erfahren, daß Fräulein Gonders gerettet ist und zwei der Vögel in Nummer sicher sitzen."

„Ich war auf dem Wege zu Ihnen", sagte Reinbach.

„Sie hätten mich wohl auch nicht angetroffen, bin bei meinem Niederhausener Kollegen gewesen und habe das gesamte Aktenmaterial durchgelesen. Uebrigens großartig, diese Jagd im Bergwerk. Darum könnte ich Sie beneiden."

Reinbach berichtete über die Vorgänge, wobei Waltersau wiederholt beifällig nickte.

„Hm", machte er, als Reinbach geendet.

„Also Stani und Dirk wollten die unterirdische Entführung bewerkstelligen. Wo ist Jupp Roger?"

„Vielleicht auf ‚Dirks Segler', meinte Hansen.

„Ist nicht wahrscheinlich", erwiderte Waltersau. Jupp pflegt die schwierigsten Sachen selbst auszuführen. — Aber", fuhr er fort, „es scheint, daß die Herrschaften noch mehr auf dem Kerbholz haben. In den Akten fand ich Andeutungen, die die Angelegenheit komplizieren. Die Sache Candido scheint mit dem Raub zusammenzuhängen."

Reinbach und Hansen tauschten einen Blick, der von Waltersau bemerkt wurde.

„Scheint's Ihnen auch so?" fragte er.

Hansen räusperte sich.

„Mir ging manches durch'n Kopf. Herrn Reinbach hab' ich schon erzählt."

„Na, und — —?"

Auf einen ermunternden Blick Reinbachs schilderte der Schiffer nochmals die Ereignisse und äußerte seinen unbestimmten Verdacht.

Waltersau nickte wiederholt.

„Warum haben Sie das nicht früher gesagt?"

„So 'ne Sache", meinte der Schiffer, „einen 'nen Mord anzudichten."

„Na, es ist immer noch nicht zu spät", entschied Waltersau. „Aber Freund Stani wird wohl mehr von der Angelegenheit wissen. Ich will ihn gleich mal aufsuchen."

Er erhob sich.

„Es ist wohl am besten, Herr Reinbach, wenn Sie sich nicht so offen sehen lassen. Jupp Roger könnte Sie bemerken und Lunte riechen. Verwandeln sie sich wieder in den ehrsamen Dr. Reise und suchen die „drei Ankerketten" auf. — Nun aber fort, es ist keine Zeit zu verlieren."

* * *

Als Waltersau bei dem Untersuchungsrichter erschien, streckte der ihm freudig die Hand entgegen.

„Den Ausreißer Stani Kokolski hätten wir wieder. Ist aber verstockt."

„Wenn Sie gestatten", lächelte Waltersau, „will ich versuchen, ihm die Zunge zu lösen. Doch zunächst möchte ich Egon Gumpert sprechen. Sie gestatten doch, daß er vorgeführt wird."

Statt der Antwort schellte der Richter und ordnete die Vorführung an. Nach kurzer Zeit erschien Gumpert. Sein Gesicht war bleicher denn je, die Blicke irrten unstet umher.

Auf einen fragenden Blick Waltersaus nickte der Untesruchungsrichter Gewährung.

„Ihre Freunde sind jetzt auch im Freiquartier", hob Waltersau zu Gumpert gewandt an.

In dessen Gesicht zuckte es.

„Es interessiert Sie vielleicht, daß Fräulein Gonders endlich befreit ist."

Gumpert starrte eingeschüchtert zu Boden.

„Was wollen Sie noch von mir", sagte er gequält.

„Erzählen Sie doch mal, wie Sie mit Roger und Kokolski zusammen kamen. Die beiden wollen da mit der Sprache nicht recht heraus."

„Womit begann ihre Tätigkeit in Niederhausen?" fragte der Untersuchungsrichter.

Nach einigem Besinnen hob Gumpert an.

„Ich war auf der Suche nach Fräulein Gonders."

„Und den Bildern", fiel Waltersau ein.

„Wie erfuhren Sie den Aufenthalt des Fräuleins?" lautete die Zwischenfrage des Richters.

„Bei der Kriminalpolizei, als ich mich auf eine öffentliche Aufforderung hin gemeldet hatte."

„Die Aufforderung galt der Mordsache Candido, nicht wahr?" wollte Waltersau wissen.

Gumpert schien betroffen.

„Allerdings", gab er zu.

„Aus welchem Grunde erging die Aufforderung?" forschte Waltersau weiter. „Erzählen Sie mir ausführlich."

Als Gumpert verlegen schwieg, fuhr Waltersau fort:

„Sie hatten doch bei einer gewissen Friedel einige Bilder Ihres verstorbenen Onkels entdeckt."

„Hat denn das mit der Angelegenheit etwas zu tun?" fragte Gumpert.

„Das ist Sache der Untersuchung", bemerkte der Richter. „Sie haben die Fragen zu beantworten."

„Nun ja", gab Gumpert zu und berichtete dann, wie ihm die Friedel gesagt, daß sie die Bilder von einem Italiener erhalten, daß er auf der Straße von der Ermordung Candidos gehört und sich nach den näheren Umständen erkundigt habe. Auch das im Café belauschte Gespräch zwischen Roger und Kokolski, mit denen er später mit Hilfe Friedels in Verbindung getreten, erwähnte er. ebenso seine Beobachtung des Funkapparates.

„Ist Ihnen nie der Verdacht aufgestiegen, daß Roger und Kokolski damals schon im Besitz der Bilder waren?" forschte der Richter.

„Das nicht."

„Und später?"

„Sie haben nie darüber gesprochen, bis Roger mir auftrug, auf der Zeche Einigkeit zu forschen, ob dort die Luft rein sei. Dann erfuhr ich, daß die Bilder im Schacht gefunden worden waren."

„Was haben Sie da gedacht?"

„Ich weiß nicht", zuckte Gumpert die Achseln.

„Ist denn nie darüber gesprochen worden, wie die Bilder in den Schacht kamen?"

„Ueber vollendete Tatsachen sprechen die Herren nicht", bemerkte Waltersau.

„Haben Sie noch eine Frage an den Häftling zu richten?"

Waltersau verneinte. Der Gefängnisbeamte führte Gumpert ab.

„Einer hat den andern hintergangen", meinte der Untersuchungsrichter. „Die Sache klärt sich. Wollen wir Stani Kokolski hören?"

Auf Waltersaus „bitte" ließ der Untersuchungsrichter Stani vorführen.

„Ihnen behagt wohl der Aufenthalt bei uns nicht?" eröffnete der Richter die Unterhaltung, nachdem Stani von zwei Beamten in das Zimmer geleitet worden war.

Stani grinste höhnisch.

„Diesmal sollen Sie besser untergebracht werden", fuhr der Richter fort.

„Is garnich nötig", brummte Stani. Sein gutmütig-dreister Gesichtsausdruck schwand aber, als gleich einer Bombe die Frage des Richters einschlug:

„Sie waren doch mit dem Italiener Candido bekannt?"

„Was man so bekannt nennt", gab er nach einigem Zögern zu.

„Wer hat die Bilder denn im Schacht versteckt?" war die nächste Frage.

Das fängt ja gut an, dachte Stani. Da mußte man auf der Hut sein. — Er schwieg.

„Mit wem haben Sie denn funkentelegraphisch in Holland oder doch in der Nähe der Grenze verkehrt?"

Stani wurde es sichtlich ungemütlich. Er drehte und wandte sich.

„Nur heraus mit der Sprache", ermunterte der Richter. „Wir wissen noch mehr und können Ihrem Gedächtnis gelegentlich nachhelfen."

„Funkentelegraphisch?" meinte Stani schließlich, „dat ich nich wüßte.

„Nun, soll ich Ihnen sagen, was sie gefunkt haben? — In dem Spruch war von den Bildern und auch von dem Italiener die Rede."

„Dat's der Jupp gewese."

Stani biß sich im nächsten Augenblick auf die Lippen. Das hätte er nicht sagen dürfen.

„Wie Sie und Jupp Roger Fräulein Gonders entführt und den Schmuck geraubt haben, ist Ihnen wohl noch im Gedächtnis. — Leugnen Sie nicht", schnitt der Richter Stanis Einwendung ab, „Gumpert hat alles gebeichtet."

„Wenn ich den Menschen kriege", drohte Stani.

„Nur ruhig, den kriegen Sie nicht, obwohl er mit Ihnen in einem Hause wohnt."

„Auf Hansens Schiff sind Sie ebenfalls eingebrochen."

„Nein."

„Die Bilder, die bei Friedel gefunden wurden, stammten aber von Ihnen."

„Dat's nich wahr."

„Hat Candido sie ihr etwa gegeben?"

„Ja."

„Und Sie haben Candido den übrigen Raub mit Gewalt abgenommen."

Stani wurde bleich. Hatte er sich bei den Kreuz- und Querfragen doch verrannt? Ihm blieb keine Zeit zur Besinnung, denn der gewiegte Kriminalist hatte seinen Vorteil sofort erkannt.

„Sie haben ja im Café mit Jupp darüber gesprochen. Gumpert hat sie damals belauscht. Jupp ist allerdings der Haupttäter bei dem Mord gewesen."

„Dat wohl", entfuhr es Stani.

Der Richter triumphierte. Jetzt saß den Fuchs in der Schlinge.

„Jetzt ohne Umschweife, Sie und Jupp haben den Italiener ermordet, nachdem sie erfahren, daß er die wertvollen Bilder gestohlen hatte."

Stani sah ein, daß er sich hatte fangen lassen und legte ein Geständnis ab. Der Richter und Waltersau schauderten, als Stani den Hergang der Tat berichtete, wie er und Jupp be. dem Italiener Unterschlupf gesucht, wobei dieser ihnen von einem großen Schlag erzählt und unter sein Bett gedeutet hatte. In der Nacht hatten sie versucht, den Dieb zu bestehlen. Er war wach geworden und hatte sie zur Rede gestellt. Da hätten sie ihn überm niedergeschlagen und die Leiche in ein Wasserloch geschleppt.

„Wer führte denn den ersten Schlag?" fragte der Richter.

Zögernd schob Stani die Schuld auf Jupp.

„Das wäre für heute genug", meinte der Richter. Waltersau flüsterte ihm etwas zu, worauf er bejahend nickte.

„Wo ist Jupp jetzt?" wandte der Kommandant sich an Stani.

„Ach so", lachte der frivol, „den ganzen Klub wollen Sie zusammen haben. Meinetwegen. Der ist wohl auf dem Dirk sei'n Segler, wenn er die Klamotten noch nicht an'n Holländer verkloppt hat."

Damit schritt er zwischen den beiden Gefängnisbeamten hinaus.

* * *

(Schluß folgt.)

Wegweiser auf See.

Ein Jubiläum des Rotesand-Leuchtturms.

Anton Jensen schreibt i. d. „Magdeb. Ztg.":

In den vergangenen Oktobertagen konnte unsere jubiläumsfreudige Welt das vierzigjährige Bestehen des Rotesand-Leuchtturmes begehen, jenes in der Wesermündung zwischen Bremerhaven und Helgoland sich erhebenden, gewaltigen Steinturmes, der bestimmt ist, in dunklen Nächten dem Schiffer Weg und Ziel zu weisen.

In der Geschichte der Leuchttürme beansprucht der vom Roten Sand einen besonderen Platz. War er doch die erste moderne Leuchtanlage, die mitten ins Wasser gebaut wurde, ohne daß dort ein fester Untergrund vorhanden gewesen wäre. Bis dahin baute man bei uns die für weite Sichtzwecke bestimmten Leuchtanlagen auf erhöhte Küstenplätze, auf Felsvorsprünge, Riffe, Untiefen usw., oder man richtete auf Kirchtürmen und ähnlichen Bauten Lichtwerfer ein. Solche Verfahren enthoben wohl den Baumeister mancher Sorgen, doch war die Wirkung eines von gefährlichen Meeresstellen allzuweit entfernten Leuchtturms nicht immer durchgreifend genug. An der deutschen Nordseeküste galt es also für unsere Ingenieure, das Problem eines weit abseits der Küste im Meer zu errichtenden Leuchtturmes zu lösen. Wie stets bei solchen Anläßen ging es auch hier nicht ohne besondere Schwierigkeiten und Opfer ab. Der Bau des Turmes sollte erst einem Düsseldorfer Werk übertragen werden, jedoch entstand der Firma ein Konkurrent, der sich erbot, die Gesamtanlage wesentlich billiger herzustellen. Dieser neue Bewerber erhielt auch den Auftrag zur Ausführung der Arbeit. Leider waren aber die Erfahrungen, die man hierbei machte, recht ungünstig. Nach langen theoretischen Berechnungen und nach vielen Vorbereitungen praktischer Art entschloß man sich zur Fundamentierung eines gewaltigen, unten und oben offenen Eisenkasten ins Wasser zu lassen. Dieser Kasten wurde in Bremerhaven zusammengesetzt und im Mai 1881 nach der Baustelle transportiert, wo man alsbald mit der Versenkung begann. Die Arbeit erwies sich als äußerst mühselig, und erst Anfang Oktober war man so weit, daß bis zur endgültig in Angriff zu nehmenden Fundamentierung nur noch zwei Meter fehlten. Der untere Rand des Eisenkastens war bereits in eine Tiefe gebettet, in der er 12 Meter unter Grundwasser saß. Schon jubelte man in den Kreisen der das neuartige Unternehmen beobachtenden Fachleute. Eine äußerst schwierige, soweit ersichtlich ohne Beispiel dastehende Arbeit schien zu glücken. Da kam die Katastrophe. Am 9. Oktober peitschte ein unheimlicher Sturm die Nordsee. Alle Arbeiter mußten den Bau verlassen. Vier Tage lang heulte und tobte die See. Es war, als wollte sie ihre ganze, riesenhafte Kraft zusammenfassen, um über das im Entstehen begriffene Werk von Menschenhand zu triumphieren. Und dies gelang ihr auch. Im Wind- und Sturmgebraus glückte es den anstürmenden Wellen, ihre Wassermassen über den oberen Rand des Kastens in diesen hineinzugießen und so das Eisengehäuse ins Wanken zu bringen. Am 13. Oktober beobachteten Matrosen von einem Feuerschiff aus, wie der eine ganze Anzahl von Metern über Wasser hinausragende Turm langsam verschwand. Der wohl doch nicht solide genug gebaute Eisenkasten war abgebrochen und umgestürzt.

Nach diesem Fehlschlag wurde die Arbeit wieder der ersten Firma übertragen, die sie schließlich auch siegreich zu Ende führte. Ein zweiter Eisenkasten wurde gebaut, der durch einen über 20 Meter hohen Rand gegen das Einschlagen von Wassermengen geschützt war. In einjähriger, mühsamer Arbeit wurden 1600 Kubikmeter Meeresboden ausgeschöpft und so die erforderliche feste Stelle unter Grundwasser erreicht. Dann begann die Betonschüttung zur Befestigung des Untergrundes. Als auch diese fertig war, wurde außerhalb des Eisenkastens das Fundament durch eine starke Felsblock- und Faschinenanlage gesichert. Jetzt erst begann der Bau des eigentlichen Turmes, der heute 35 Meter über dem Wasserspiegel ragt. Ungefähr die gleiche Meterzahl mißt das Fundament unter dem Wasserspiegel, so daß also, vom Meeresboden aus gerechnet, die Höhe des Leuchtturmes 70 Meter beträgt. Das ganze war eine Riesenarbeit, auf die die deutsche Ingenieurkunst stolz sein kann. So steht heute der bunte Steinbau, vom stärksten Wassergang umtost, wie ein rechter Wellentrutz unanfechtbar im brausenden Meer. Denn so langwierig, schwierig und gefahrvoll die Arbeit auch gewesen ist, der fertige Bau bietet doch größere Zuverlässigkeit als es Turmanlagen zu tun pflegen, die auf Untiefen oder Felsblöcken angebracht sind. Die Wogen sind in diesen Fällen unablässig bemüht, die Sand- oder Felsbank zu unterwühlen und abzutragen, was dem darauf stehenden Turm mit der Zeit gefährlich werden kann.



Das Pan-Amerikan-Union-Building in Washington, in dem die Abrüstungskonferenz stattfindet

Mancherlei.

— **Es war seine erste öffentliche Rede** als Wahlkandidat und bevor er noch seine schwierige Aufgabe zur Hälfte gelöst hatte, flog ihm aus dem Zuhörerraum ein Kohlkopf ins Gesicht. Ohne jedoch aus der Fassung zu geraten, rief er mit verstärkter Stimme: „Meine Herren, ich bemerke soeben, daß einer meiner politischen Gegner seinen Kopf verloren hat."

— **Internationale Polizei.** Die von deutschen Kriminalisten bereits öfters betonte Notwendigkeit eines internationalen Zusammenarbeitens aller Polizeiorganisationen wird von dem Pariser Polizeipräfekten Leullier in einem ausführlichen Organisationsplan hervorgehoben. Der Polizeipräsident hat dem französischen Ministerium des Innern die Einzelheiten einer Organisation unterbreitet, nach der eine freiwillige „Internationale" der Polizei geschaffen werden soll. Alle europäischen Staaten sollen dauernd sich über „gesuchte" Persönlichkeiten Mitteilung machen und Listen führen, in denen die Verbrecher der Welt verzeichnet sind. Leullier geht von dem Grundsatz aus: „Das Verbrechen ist heutzutage international, und eine internationale Polizeigemeinschaft ist notwendig, um es wirksam zu bekämpfen."

— **Der Winterschlaf,** dem sich eine Anzahl von Tiergattungen jetzt wieder hingibt, ist Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Es wurde festgestellt, daß bei winterschlafenden Fledermäusen die Schilddrüse verkleinert war. Wurde Drüsensubstanz eingespritzt, so wachten die Tiere sofort wieder auf. Da die Ausscheidung der Drüsen mit der Temperatur im Zusammenhang steht, wird man die Ursache des Winterschlafs in der verminderten Drüsentätigkeit zu suchen haben.

— **Ein Kraftwerk unter der Erde.** Zum Betrieb der Bahn Kiruna-Riksgränsen in Lappland mußte eine Kraftanlage gebaut werden, deren treibendes Element die Porjus-Wasserfälle sind. Die Hauptschwierigkeit des Unternehmens bestand darin, daß diese Wasserfälle den größten Teil des Jahres über vereist sind. Man hat deshalb das Kraftwerk in der Erde errichtet. Von der Sohle des Flußlaufes wurden über 50 Meter tiefe Stollen in den Berg gesprengt, die in die ungeheuren Maschinenräume münden. Die Turbinen und Motoren finden sich in den Räumen tief unter der Erde, geschützt gegen alle Einflüsse der Witterung und werden das ganze Jahr hindurch mit Kraft versorgt.

— **Ein Zeichen der Zeit.** Der frühere langjährige Leiter der Berliner Museen, Exzellenz v. Bode, läßt durch ein Berliner Auktionshaus mitteilen, daß er den größten Teil seiner wertvollen Bibliothek versteigern lassen will. Dies geschieht aus materieller Notlage, da er nicht imstande ist, die von ihm bewohnte Villa so umzubauen, wie es für die sachgemäße Unterbringung seiner Bibliothek notwendig wäre. Die Veröffentlichung schließt mit folgenden Worten: „Wer weiß, wie bald auch der Rest meiner Bibliothek, der mir jetzt noch bleibt, denselben Weg gehen wird." Der Schritt, den hier einer der verdientesten Kunstgelehrten unserer Tage unternimmt, ist vielleicht ein besonders grelles Beispiel für die außergewöhnlich schwere Notlage der geistig arbeitenden Schichten des deutschen Volkes. Gegenüber der ungeheuren Verschwendungssucht und dem luxuriösen Treiben der Spekulanten, Schieber und Gewinnler aller Art erscheint ein solches Bild nur um so trüber.

— **Das Königspaar auf dem Varieteball.** Zu Gunsten des Wohltätigkeitsfestes der britischen Varieteekünstler soll, wie in einer Versammlung bekannt gegeben wurde, im Londoner Hippodrom am 25. November eine große Varieteevorstellung mit anschließendem Ball stattfinden. Der König und die Königin haben dem Vorstand der Vereinigung zugesagt, persönlich dabei zu erscheinen. Sie werden also das Vergnügen haben, mit Schlangenmenschen, Tierbändigern, Feuerschluckern usw. tanzen zu können.

— **Baumwolle in Australien.** Der große Bedarf an Baumwolle hat auch in Australien zu Anbauversuchen geführt, die vielfach Erfolg gehabt haben. So befinden sich jetzt bereits im australischen Bundesstaat Queensland über 14 000 Morgen Land unter Baumwoll-Kultur, da sich die ersten Versuche auf einem Gelände von 1500 Morgen außerordentlich gut bewährt haben. Es wird mit weiterer starker Ausdehnung der Baumwoll-Kultur in jenem Teil Australiens gerechnet.